

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Müllringhaus, Berlin.  
Telefonnummer: Amt Dönhoff 4196/4198



Abdruck für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Druckerschrift: Copadruß

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruck bedarf 4 Bogen vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungstermin für beide Seiten ist Berlin.

Berlin, den 12. Dezember 1930

Wie lange noch?

Zur Diktatur in Jugoslawien.

Int. Institut  
Soz. Geschichte  
Amsterdam

SPD. Dem äusseren Anschein nach ist das Volk in Jugoslawien vor Begeisterung über die Diktatur, die ihm die Sporen in die Weichen stösst, ganz aus dem Häuschen. Am Staatsgründungstag, dem 1. Dezember, in Agram grandiose Manifestationen mit Treueschwur für die Dynastie, veranstaltet, wie die offiziöse Belgrader Telegraphenagentur wirklich sehr glaubhaft versichert, "von der Universitätsjugend gemeinsam mit den Arbeiterorganisationen", und schon eine Woche später erlebte das gleiche Agram einen grossen Aufmarsch von Bauernabordnungen aus der Nähe und der Ferne; zu Zehntausenden drängte sich, in sechzig Sonderzügen ange- rollt, das Landvolk, und ehemalige Abgeordnete der ehemaligen Kroatischen Bauernpartei schlugen in ihren Reden die loyalsten Purzelbäume. Was beweist das? Dass die Regie vorzüglich klappt, keinen Deut mehr. Denn eine Diktatur, die den gesamten Verwaltungsapparat des Staates, der Provinz und der Gemeinde beherrscht über die ganze bewaffnete Macht von der königlichen Leibgarde bis zum Flur- schützen des letzten Dorfes verfügt und kontrollos in den vom Steuerzahler gefüllten Dukatentopf greifen darf, vermöchte eine schmetternde Treuekundgebung sogar für den Dalai-Lama von Tibet auf die Beine zu bringen.

Die Diktatur, die am 6. Januar zwei Jahre währt, setzte sich ein, um die süd- slawische Staatseinheit zu retten. Wenn vor etlichen Monaten in einer deutschen sozialdemokratischen Privatkorrespondenz ein ahnungsloser Engel namens Polifka behauptete, dass es "erst der Belgrader Diktatur vorbehalten geblieben sei, den Gedanken eines homogenen Südslawentums zu erneuern", ist in Wahrheit die Einigung der Serben, Kroaten und Slowenen eine auf dem Wege der Entwicklung liegende Tatsache von revolutionärer Bedeutung, denn sie umschliesst im Wesen staatsrechtlich die Zertrümmerung der mittelalterlichen Völkerkäfige Österreich-Ungarn und Türkei zu gunsten eines wenigstens achtzigprozentigen Nationalstaats, politisch die Verwandlung von Untertanen in Staatsbürger, sozial den Aufstieg von Hintersassen feudaler Latifundien zu freien Kleinbauern. Niemand begeisterte sich darum mehr für die Losung: Zusammenschluss aller Südslawen! als die Sozialdemokratie im slawischen Süden.

Aber gerade wegen ihrer revolutionären und demokratischen Substanz wider- spricht es dem Sinn der südslawischen Einigung, sie durch die Diktatur eines Königs und eines Kavalleriegenerals schützen oder gar vollenden zu wollen. Wie sieht in der Tat die Bilanz des Regimes vom 6. Januar nach zweimal zwölf Monaten aus? Durchgesetzt wurde der Ausgleich der Gesetzgebung in den verschiedenen Landesteilen, die Einführung des Staatsnamens Jugoslawien statt des langatmigen Königsreichs der Serben, Kroaten und Slowenen und eine neue Verwaltungseinteilung unter Niederlegung der historischen Binnengrenzen. Immerhin etwas, und wer sich erinnert, dass das bismärckische Reich achtundvierzig Jahre lang keine deutsche Armee und keine deutschen Regimentsfahnen gekannt hat, wird auch die Symbolkraft der Verleihung neuer, nämlich jugoslawischer Fahnen an das Heer richtig einschätzen. Aber was geschah, um, worauf es einzig ankommt, den Parti-

kularismus, der wie eine wilde Bestie die Staatseinheit zwischen seinen Zähnen zu zerfetzen drohte, auch in den Seelen abzutöten und die Massen für den südslawischen Gedanken zu gewinnen? Nichts!

Aus dem einfachen Grunde, weil die Gewalt überall versagt, wo sie über Mechanisches hinausgreifen und Organisches schaffen will. Der Hauptredner des letzten Montag, Karl Kowatschewitsch, einst als Schildknappe Stefan Raditschs ein trutziglich oppositioneller Bursch, hat als Zweck der Kundgebung hingestellt, aller Welt zu zeigen, dass "der durch den Beschluss des Herrschers bewirkte Zustand, einige hundertmal besser ist als das, was sich vorher demokratischer Zustand nannte". Statt eines Höllenhohngelächters prasselte Beifall der gut drillten Bauernscharen, als er kühn ausrief: "Heute herrscht wahre Demokratie!" Nun war, eben weil es an der wahren Demokratie gebrach, der Parlamentarismus vor dem 6. Januar ganz gewiss kein stolzes, feuriges Berberross, sondern eine abgetriebene, halb zu Tode gerittene Schindmähre. Aber wahre Demokratie heute? Einziges Gesetz der unumschränkte Wille der Diktatoren, jedes Wörtchen der Kritik verpönt, die Presse als Ablagerungsstätte unpolitischen Klatsches das Langweiligste vom Langweiligen und an jedem Wirtshaustisch Spitzel mit langen Ohren. Wehe dem, der in ihrer Gegenwart seiner Unzufriedenheit auch nur mit einer Silbe Luft macht! Die Kerkertore schliessen sich hinter ihm, um sich in Jahr und Tag nicht wieder zu öffnen.

Eben sind durch Gnadenerlass der Krone ausser den makedonischen Studenten, die im Dezember 1927 im Skopljer Prozess zu hohen Strafen verurteilt wurden, sieben Hochschüler auf freien Fuss gesetzt worden, von denen auf Grund des Staatsschutzgesetzes einer fünfzehn, zwei gar zwanzig Jahre Zuchthaus erhalten hätten. Aber wieviele Opfer dieses Ausnahmegesetzes schmachten noch in jugoslawischen Kerkern! Der Brite Seton-Watson, einer der besten Kenner und aufrichtigsten Freunde des Südslawentums, erinnert in einer sich scharf gegen die Diktatur kehrenden Artikelreihe der Brünner "Lidovy Novine" an die gerechte Erbitterung, die es erregte, als im alten Ungarn innerhalb von zwölf Jahren, von 1896 bis 1908, gegen 885 Angehörige der nationalen Minderheiten insgesamt 218 Jahre Gefängnis ausgeworfen wurden, aber allein in den ersten paar Monaten des Jahres 1930 seien in Jugoslawien aus politischen Motiven 770 Jahre Kerker über 212 "Uebelthäter" verhängt worden! Swetosar Pribitschewitsch, einer der ideologischen Gründer des Staates, sitzt seit achtzehn Monaten in Schutzhaft, jetzt ward auch sein Sohn festgenommen, und neue Verhaftungen erfolgten wegen Verbreitung einer geheim gedruckten Broschüre über den Fall Pribitschewitsch; der frühere Unterstaatssekretär Wilder, ein national verdienter Mann, sah sich dieserhalb in ein entlegenes Nest des Sandschak verbannt - all das auf "administrativem Wege", wie es unter dem Zarismus hiess, ohne Verhör, ohne Urteil, ohne Möglichkeit, dass ein Beschuldigter sich rechtfertigt. Wie ein bleierner Druck lastet die Diktatur auf dem Lande, und da sie sich natürlich auch unfähig zeigt, die schwere Wirtschaftsnot auch nur zum Teil zu lindern, schwelt unter der Decke die Unzufriedenheit, in Kroatien wie in Makedonien wie im eigentlichen Serbien wie im ganzen Staate.

Dass aber die Kundgebung des 8. Dezember in Agram auch zu den Fenstern des tschechoslowakischen und französischen Konsulats emporjubelte, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Mitverantwortung zweier demokratischer Staaten. Wenn die Prager Regierung eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Bundesgenossen scheuen mag, so urteilt doch auch die Presse der Tschechoslowakei, wie Seton-Watson ihr vorwirft, mit ebenso unbegründetem wie rosarotem Optimismus über die heillos verfahrenen Zustände im Nachbarreich. Schwerere Schuld noch trifft die Pariser Machthaber, die durch ein ernstes Wörtlein ins Ohr ihrer jugoslawischen Freunde vieles ändern könnten, aber wahrscheinlich lassen sie sich durch die Ausrede einlullen, die Diktatur halte nur Ausschreitungen des Kommunismus nieder; der Bölschewistenschreck wirkt bei Franzosen immer. Eine andere Erklärung gibt es kaum, denn mag man in Belgrad blind sein, in Prag und Paris weiss man, dass man mit Bajonetten alles machen kann, nur nicht darauf sitzen.

Hermann Wendel.

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag zu dem Verbot des Remarque-Films folgende Interpellation eingebracht :

"Das Verbot des Films "Im Westen nichts Neues" wegen "Gefährdung des deutschen Ansehns" hat in weiten Kreisen der Republikaner und Friedensfreunde Empörung ausgelöst. Der Film, der von vielen als Propaganda für den Frieden und die Völkerversöhnung gegenüber den nationalistischen Kriegshetzern erlebt worden ist, kann weder im Inlande noch im Auslande als eine Herabsetzung des deutschen Heeres im Weltkriege empfunden werden. Die Gutachten des Reichswehrministeriums, des Reichsministeriums des Auswärtigen, des Reichsministeriums des Innern entsprechen nicht dem Empfinden weiter Kreise der deutschen Bevölkerung. Sie stellen vielmehr ein weitgehendes Zugeständnis an die nationalistische Hetze dar.

Wir fragen an,

- 1) Ist die Reichsregierung imstande und bereit, Material vorzulegen, auf Grund dessen die Oberprüfstelle den Film als das deutsche Ansehen schädigend bezeichnet hat ?
- 2) Was gedenkt die Reichsregierung gegen die schwere politische und wirtschaftliche Schädigung Deutschlands im Auslande zu tun, die dieses Verbot hervorruft?
- 3) Ist die Reichsregierung bereit, auf die zuständigen Ressorts dahin zu wirken, dass bei einer erneuten Ueberprüfung des Films auf Antrag der Hersteller, Gutachten abgegeben werden, die dem Friedens- und Verständigungswillen des deutschen Volkes gerecht werden?"

-----  
SPD. Saarbrücken, 12. Dezember (Eig. Dr.)

Heute nachmittag 2.50 Uhr wurde die französische Trikolore von der Dragonerkaserne heruntergeholt und die letzten fremden Truppen verliessen das Saargebiet. Der Abzug verlief ohne jede Störung und ohne jede Anteilnahme der Bevölkerung.

-----  
SPD. Paris, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Regierungskrise in Frankreich, die nun volle acht Tage andauert, ist von ihrer Lösung noch ebenso weit entfernt wie am ersten Tage. Die Erfolgsaussichten für die Bemühungen des Senators Steeg werden von der Pariser Morgenpresse als vollkommen hoffnungslos angesehen. Man gibt allgemein der Ansicht Ausdruck, dass Steeg nicht zum Ziele gelangen könne. Dafür setzt sich immer mehr die Meinung durch, dass der Präsident der Republik Doumerque jetzt nicht mehr werde darum herunkommen können, doch noch Briand mit der Kabinettsbildung zu beauftragen, obwohl er dessen Aussenpolitik nicht billige.

-----  
SPD. Paris, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der Voruntersuchung der Justizbehörden gegen den Bankier Oustric ist eine kleine Wendung eingetreten. Der Vorsitzende des Kulissensyndikats, Marquis de Rivaud, der als Hauptankläger gegen Oustric aufgetreten war, ist nun selbst wegen unerlaubter Spekulationsmanöver unter Anklage gestellt worden. Sein Vergehen wird darin erblickt, dass er am 30. Oktober kurz nach Börsenbeginn die Notierungen für die Oustric-Werte streichen und die bereits abgeschlossenen Geschäfte annullieren liess, obwohl er dafür keinerlei gesetzliche Handhabe besass.

und der Kommunisten die Zustimmung versagt. Die Sozialdemokratie weiss, dass es allen, die von Renten oder Unterstützungen leben müssen, sehr schlecht geht. Sie möchte ihnen auch helfen. Aber ein Beschluss des Reichstags auf Auszahlung einer Winterbeihilfe, der nicht ausgeführt wird, ist keine Hilfe, sondern eine Verhöhnung. Er ruft die Hoffnung hervor, dass eine Unterstützung ausgezahlt wird, wird aber zu einer bitteren Enttäuschung führen, wenn das nicht der Fall ist.

Die Sozialdemokratie hat alles getan, um den Rentnern und Arbeitslosen zu helfen. Krankenschein und Arzneigegebühr, die gerade diese Schichten stark belasteten, sind durch die Sozialdemokratie wieder beseitigt worden. Auch die Bürgersteuer ist für diese Schichten zu Fall gebracht worden. Als die Sozialdemokratie die Reichsregierung beeinflusste, sind die Renten in der Invalidenversicherung erhöht worden. Die Verschlechterung bei der Arbeitslosenversicherung ist gegen ihren Widerstand erzwungen. Trotzdem die Lage der Gemeinden durch die ungeheuere Erwerbslosigkeit überall trostlos ist, wird in zahlreichen Gemeinden eine Winterbeihilfe in Naturalien oder in Geld gewährt. Das ist aber in der Regel nur dort der Fall, wo der Einfluss der Sozialdemokratie stark ist.

Nicht mit Worten, sondern durch Taten hat die Sozialdemokratie den bedürftigen Schichten des Volkes Hilfe zuteil werden lassen.

SPD. Paris, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der ehemalige Minister Le Troquer, Vorsitzender des französischen Komitees für die europäische Zollunion, veröffentlicht im "Petit Parisien" einen Bericht über seine letzte Rede durch Mitteleuropa. Er betont dabei, dass er gerade in Berlin grösstes Verständnis für eine Wirtschaftsorganisation gefunden habe. In Berlin trete man vor allem für den Abschluss einer deutsch-französischen Zollunion ein, erklärt Le Troquer, aber diese Union sei nicht denkbar ohne den Einschluss Belgiens und Luxemburgs. Ausserdem sei es notwendig, dass eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werde, obwohl dies durch den Ausfall der Reichstagswahlen sehr erschwert worden sei. Er habe dieser Ansicht in Berlin offen Ausdruck gegeben, schliesst Le Troquer, und er glaube auch, dass er von seinen deutschen Zuhörern voll verstanden worden sei.

SPD. New York, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die psychologischen Rückwirkungen des unerwarteten Filmverbotes auf Amerika unübersehbar sind. Die Öffentlichkeit ist sich trotz der verlegenen Begründung des Zensors bewusst, dass das auf den Druck des nationalistischen Strassenmobs hin zustandegekommene Filmverbot einen Riesensieg der Hitlerschen Radaupolitik bedeutet und gleichzeitig von dem steigenden Militarismus zeugt, dem die leitenden Reichsstellen keinen Widerstand entgegenzusetzen wissen. Das Nachgeben der republikanisch-demokratischen Elemente wird als böses Zukunftsomen angesehen und die ständigen Forderungen Deutschlands auf ausländisches Entgegenkommen und Verständnis werden unter derartigen Begleitumständen als unverständlich betrachtet.

SPD. Paris, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Verbot des Remarque-Films hat in Paris starke Ueberraschung hervorgerufen und namentlich in politischen und literarischen Kreisen zu leidenschaftlicher Kritik Anlass gegeben. Die Aufführung des Filmes in Paris ist hier keineswegs so ausgelegt worden, als sollte das deutsche Heer verunglimpft

werden. Im Gegenteil, alle Kritiker sind sich darüber einig, dass dieser Film der grossen Masse des französischen Publikums zum erstenmal den deutschen Soldaten menschlich näher gebracht hat. Wenn auch die ersten Szenen des Films, die von dem Auszug der deutschen Regimenter und den strammen Kasernenhofdrill zeigen, vereinzelte nationalistische Proteste oder ironische Zurufe auslösen konnten, so zeigte sich das Publikum durch die eigentlichen Kampfszenen immer wieder tief erschüttert. Gerade seiner grauenhaften Wahrhaftigkeit wegen war dieser Film in Frankreich als die wirksamste Propaganda gegen den Krieg anerkannt worden. Dass es sich nach der Auffassung der französischen Zuschauer keineswegs um eine Entehrung der deutschen Armee handeln kann, bestätigt der "Petit Parisien" ausdrücklich, wenn er schreibt: "Der moralische Wert der deutschen Heere, den sie in 51 Monaten schwerster Kämpfe bewiesen haben, ist noch nie und noch von keinem Land in Zweifel gezogen worden." Umso weniger wird es hier verstanden, dass die Reichsregierung diesen Film unter dem Druck der Hitler-Leute verbieten konnte. Man brauche nur an das Siegesgeschrei der nationalistischen Berliner Presse zu denken, schreibt der "Paris Midi", um sich klar darüber zu werden, welche Rückwirkungen dieses Verbot haben könnte. Es habe genügt, dass die Hitler-Leute einen wahren Strassenterror einleiteten, um die Reichsregierung einzuschüchtern. Dazu sei es klar, dass der Film den nationalistischen Schreibern nur deshalb missfallen habe, weil er ausgesprochen pazifistisch sei und den Krieg in seiner wahren furchtbaren Gestalt, nicht aber in der üblichen romantischen Verherrlichung zeige. Jedenfalls hat die schwächliche Kapitulation des Reichskabinetts vor dem Terror der Strasse dem deutschen Ansehen im Ausland mehr geschadet als dieser Film.

SPD. Washington, 12. Dezember (Eig. Dr.)

Der Bundessenat nahm unter erneuten heftigen Angriffen gegen Hoover und unter Abänderung der wichtigsten Klauseln die 118 Dollarmillionen-Vorlage für Arbeitslosenhilfe und öffentliche Notstandsarbeiten an. Die Abänderungen sind gleichfalls gegen Hoover gerichtet, dem das nachgesuchte freie Verfügungsrecht über die Krisengelder verweigert und genaue Arbeitsprojekte vorgeschrieben wurden.

SPD. Paris, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Regierungskrise in Frankreich harrt noch immer vergeblich ihrer Lösung. Der Senator Steeg hat zwar am Freitag seine Bemühungen redlich fortgesetzt, doch verringern sich seine Aussichten immer mehr. Die Tardieu-Gruppe hat einstimmig beschlossen, ihm ihre Unterstützung zu versagen. Die Gruppe Loucheur und die Gruppe Franklin-Bouillon weigern sich, in einer Regierung mitzuarbeiten, in deren Mehrheit sie den äussersten rechten Flügel zu bilden hätten, d.h. also, sie weigern sich, den Versuch zur Wiederherstellung einer Kartellregierung zu unterstützen. Die Gefolgschaft Steegs hat sich also praktisch auf die radikale Partei und die wenigen wilden Abgeordneten verringert, die entweder keiner Gruppe angehören oder im Widerspruch zur Parteiparole doch eventuell in sein Kabinett einzutreten Lust hätten. Mandarf unter diesen Umständen erwarten, dass das Kapitel Steeg bald seinen Abschluss finden wird. Man glaubt, dass dann der ehemalige Kriegsminister Painlevé mit der Regierungsbildung beauftragt werden könnte. Seine Erfolgsaussichten wären nicht zu unterschätzen, da er seiner parteipolitischen Stellung nach zur Linken gehört, sich aber durch seine Tätigkeit im Kriegsministerium auch die Bewunderung eines Maginot und Marin zu verdienen wusste.

SPD. Habana, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die kubanische Regierung verhängte angesichts der ständigen Strassenunruhen und der wildesten Gerüchte erneut einen 60 tägigen Belagerungszustand über ganz Kuba und ergriff schärfste Massnahmen gegen die Demonstrationen, Massgebende Wirtschaftskreise leihten der regierungsfeindlichen Agitation aktive Unterstützung. Das Kabinett hielt eine Geheimsitzung ab, die mehrere Stunden dauerte und an der der amerikanische Botschafter teilnahm. Die Lage wird für den Präsidenten Machado zusehends schwieriger. Es sind bereits hartnäckige Gerüchte über einen Rücktritt Machados verbreitet, die jedoch von seiten der Regierung entschieden dementiert werden.

SPD. Paris, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Stadt Paris hat den Vorschlag eines jungen Mädchens, die Kriegsblinden mit einem weithin sichtbaren weissen Stab zu versehen, damit ihnen jedermann zu Hilfe komme, angenommen. Jeder Kriegsblinde wird in Zukunft wie ein Schutzmann nur mit einem weissen Stab zu winken brauchen um die Automobilisten zum halten zu zwingen, damit er gefahrlos die Strasse überqueren kann. Der Stab wird das Wappen der Stadt Paris tragen.

SPD. Paris, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Toulouse ist am Freitag ein Teil der staatlichen Pulverfabrik aus bisher noch ungeklärter Ursache in die Luft geflogen. Die Explosion ereignete sich in dem hauptsächlich von Frauen besetzten Granatenfüllraum. Zwei Arbeiterinnen waren auf der Stelle tot, 10 Frauen wurden zum Teil schwer verletzt ins Hospital geschafft.

SPD. Teterow, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag abend hatten die hiesigen Nationalsozialisten eine Versammlung einberufen, zu der aus Malchin, Gnoien und anderen benachbarten Ortschaften etwa 200 Kommunisten erschienen waren, die ohne das Eintrittsgeld zu bezahlen in den Saal eindrangen. Die Rede des nationalsozialistischen Referenten wurde bis gegen zehn Uhr dauernd durch Rotfront-Rufe unterbrochen. Gegen zehn Uhr traf aus Gnoien noch ein Zug nationalsozialistischer SA-Leute ein, worauf sich bald eine furchtbare Saalschlacht entspann. Die Gegner gingen mit Stuhlbeinen, Tischbeinen und anderen harten Gegenständen aufeinander los. Schliesslich wurden die Kommunisten von den Nationalsozialisten aus dem Saal hinausgedrängt. Das Ergebnis der Saalschlacht waren etwa 50 Verletzte, darunter drei Schwerverletzte, die sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mussten. Die Kommunisten versuchen darauf erneut in den Versammlungsraum einzudringen und demolierten mit Pflastersteinen und anderen Gegenständen fast sämtliche Fensterscheiben des Gasthauses. In der Dunkelheit wurden auch mehrere Schüsse abgegeben. Um weiteres Blutvergiessen zu verhindern, wurde gegen elf Uhr ein Ueberfallkommando aus Güstrow zur Hilfe gerufen. Erst gegen zwei Uhr konnte die Ruhe in den Strassen wieder vollständig hergestellt werden.

SPD. Paris, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Nach Informationen der Pariser Nachmittagsblätter hat die politische Polizei in Lissabon neue grosse Mengen von Sprengmaterial gefunden. Vier Kisten mit insgesamt 96 Bomben und einige weitere Kisten mit Material zur Herstellung von Bomben lagen unter der Obhut eines Direktors des Handelsministe-



riums auf einem Bauplatz versteckt. Ein Diener und drei Komplizen sind verhaftet worden. Des Weiteren wurde ein grosses illegales Lager von Pioniermaterial, wie Hacken, Pickel, Schaufeln usw. aufgedeckt, das von einem Hauptmann aufgespeichert worden war.

-----  
SPD. München, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der "Münchener Post" wurde der Brief eines in Italien lebenden Münchener an seine Eltern zur Verfügung gestellt, der die wirtschaftlichen und politischen Hochspannungen im Reiche Mussolinis mit folgenden Sätzen kennzeichnet: "Jetzt kommt eine Neuigkeit, die Vater interessieren dürfte. Vorigen Montag abends um 9 Uhr haben sich ungefähr 3000 Arbeitslose vor dem faschistischen Gewerkschaftshaus angesammelt, wo sie einen Zug bildeten und vor die Residenz des Prinzen zogen. Das war das erste Mal seit Bestehen des Faschismus. Das Schönste war, dass Polizei und die faschistische Miliz dabei standen und vor der drohenden Menge nicht den Mut hatten, den Zug zu sperren. Am Dienstag früh waren dann am Hauptbahnhof grosse Plakate angeschlagen: Brot und Arbeit oder den Kopf von Mussolini. So sieht es auch bei uns aus, alles ist arbeitslos."

-----  
SPD. Paris, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Pariser Polizei ist wieder einem jener Bankangestellten auf die Spur gekommen, die durch ihre langjährige Tätigkeit das Vertrauen der Direktion gewonnen haben, und die dann aus diesem Vertrauen Kapital schlagen. Der seit 18 Jahren in einer Pariser Bank tätige Jean Cam hat im Laufe der letzten fünf Jahre von den ihm anvertrauten Geldern nicht weniger als eine Million Franken unterschlagen. Durch merkwürdige Manöver brachte er den Verdacht auf sich und brach bei seinem ersten Verhör nach Ablegung eines vollen Geständnisses moralisch zusammen.

-----  
SPD. Essen, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Essen wurde am Freitag gegen den Redakteur Kannapien des Organs der gelben Gewerkschaft "Der deutsche Arbeiter", deren enge finanzielle Verbindung mit der Schwerindustrie wir erst vor kurzem gebrandmarkt haben, wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz in zwei Fällen verhandelt. Die Anklage war erst auf Drängen der republikanischen Beschwerdestelle hin erhoben worden und erstreckte sich auf einen Artikel des Angeklagten über die preussische Landwirtschaftspolitik, in dem die Reichsfarben gröblich verunglimpft wurden, sowie auf einen weiteren Artikel, in dem Kannapien Erzberger einen Hochverräter genannt hatte. Im ersten Falle erhielt der Angeklagte eine Geldstrafe von 150 Mark anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von sechs Monaten, im zweiten Falle eine Geldstrafe von 100 Mark anstelle von drei Wochen Gefängnis. Der Angeklagte hatte sich viele Zuhörer und vor allem ein grosses Reporterangebot der rechts gerichteten Presse bestellt. Dafür wurde zur Feier des Tages das Gewerkschaftsbüro geschlossen.

-----  
SPD. Oberhausen, 12. Dezember (Eig. Dr.)

Das erweiterte Schöffengericht verhandelte gegen den nationalsozialistischen Redakteur Zilkens aus Essen. Dieser hatte vor Monaten in einer Versammlung in Oberhausen erklärt, wenn die Nationalsozialisten ans Ruder kämen würden Köpfe rollen, u.a. auch der des Staatssekretärs Meissner. Die Versamm-

lung wurde daraufhin von der Polizei aufgehoben. Der Angeklagte war zu der Verhandlung nicht erschienen, sodass das Gericht über den Antrag des Staatsanwalts auf Vertagung und Vorführung des Angeklagten hinaus Haftbefehl anordnete.

SPD. München, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Beratung des neuen Wahlgesetzes im Verfassungsausschuss des Landtages stiess am Freitag überraschenderweise auf grosse Schwierigkeiten, weil die Regierung in ihrer Vorlage die Frage der Landesabgeordneten anders geregelt hatte, als es den Vereinbarungen in der interfraktionellen Sitzung entsprach. Sie wurde dabei von der Bayerischen Volkspartei und den Deutschnationalen unterstützt, geriet aber bei der Abstimmung in die Minderheit. Da es sich um ein Verfassungsgesetz handelt, ist für das Zustandekommen im Plenum des Landtages eine Zweidrittelmehrheit notwendig, die durch den jetzigen Vorgang gefährdet erscheint. Die Ursache des Konflikts liegt ausschliesslich in der Starrköpfigkeit der grössten Regierungspartei, die verlangt, dass in allen wesentlichen Bestimmungen des Landeswahlgesetzes ihrem Willen Rechnung getragen wird. Auf diese Weise hat sie bisher erreicht, dass das viel angefeindete Flächenprinzip, das die ländliche Bevölkerung gegenüber der städtischen im Stimmrecht bevorzugt, auch weiterhin, wenn auch in gemilderter Form aufrecht erhalten bleibt und ferner hat sie entgegen den Abmachungen im letzten Augenblick einen Antrag auf Hinaufsetzung des Wahlalters vom zwanzigsten auf das einundzwanzigste Lebensjahr eingebracht, der mit einfacher Mehrheit auch angenommen wurde. Die Nachgiebigkeit der Oppositionsparteien hat jetzt offenbar ihr Ende erreicht. Wenn es nicht gelingt, in einer zu diesem Zweck für nächsten Mittwoch angesetzten dritten Lesung des Gesetzentwurfes zu einer Einigung zu kommen, dann wird der Abschluss der bayerischen Wahlreform wiederum auf unbestimmte Zeit vertagt werden müssen.

SPD. Genf, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Generalkonsul Dr. Völkers hat am Freitag im Auftrage des Auswärtigen Amtes eine Ergänzungsnote zu der oberschlesischen Beschwerde an den stellvertretenden Generalsekretär des Völkerbunds überreicht. In dieser Note bittet das deutsche Auswärtige Amt, diese Frage zugleich mit der früher schon überreichten oberschlesischen Beschwerde auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung zu setzen. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass der Präsident der gemischten Schiedskommission für Oberschlesien, Calonder, sich seit Freitag in Genf aufhält. Es ist ausser jedem Zweifel, dass er mit den deutschen und polnischen Stellen Besprechungen abhält über die Vorbehandlung und die Erledigung der oberschlesischen Beschwerden. Ausser dieser Note ist auch bereits eine ganze Reihe von deutschen Beschwerden aus Oberschlesien und von polnischen Beschwerden aus deutschem Reichsgebiet an den Völkerbundsrat übersandt worden, die wahrscheinlich alle auf der Ratstagung mit erledigt werden.

SPD. Eisleben, 12. Dezember (Eig. Dr.)

Der Magistrat der Lutherstadt Eisleben ist auf der Suche nach neuen Einnahmequellen auf den verteuert schlaun Gedanken verfallen, öffentliche Versammlungen politischen Charakters als steuerpflichtig zu erklären. Er hat das der Sozialdemokratischen Partei nicht etwa erst angezeigt, sondern als bekannt vorausgesetzt, indem er sie mit folgendem Schreiben beglückte: "Die am ... abgehaltene Veranstaltung war steuerlich nicht gemeldet. Wir ersuchen um sofortige Nachmeldung. Gleichzeitig ersuchen wir um Führung eines Nachwei-



ses bezüglich der verkauften Eintrittskarten innerhalb 5 Tagen. Wie hoch belief sich die Gesamtsumme? Wir weisen ferner darauf hin, dass auch derartige Veranstaltungen steuerpflichtig und daher anzumelden sind. Die eventuell benötigten Eintrittskarten sind bei der Stadtsteuerkasse zu beantragen. Sollte gegen diese Vorschriften nochmals verstossen werden, sind wir gezwungen, Straf antrag zu stellen." Auf den Einspruch des sozialdemokratischen Ortsvereins schreibt das Stadtsteueramt erneut: "Wir fordern Sie hiermit auf, dem Ersuchen nachzukommen bei Vermeidung von Ordnungsstrafen." Der Magistrat leitet das Recht zur Veranlagung politischer Versammlungen zur Lustbarkeitssteuer aus einem neuen Kommentar ab, der zur Vergnügungssteuerordnung erschienen sein soll.

-----

SPD. Essen, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Nach dem Beispiel Kölns will nun auch Essen die Realsteuern stark erhöhen, um in der Lage zu sein, nach dem 1. April 1931, wenn die Senkung der Realsteuer durch die Notverordnung eintreten muss, aus dem preussischen Ausgleichsfonds, der aus Mitteln der Hauszinssteuer gebildet wird, einen möglichst hohen Betrag herauszuholen, da der Steuerausfall der Gemeinden, die Steuern über den Landesdurchschnitt hatten, aus diesem Ausgleichsfonds wettgemacht werden soll. Die Bürgerschaft gewinnt dabei mit dem scheinbaren Opfer fünf Millionen Mark. Begründet wird diese Haltung damit, dass Essen nicht Lust habe, mit seiner bisherigen vorsichtigen Finanzpolitik und seinen niedrigen Steuern die Fehlbeträge anderer leichtsinniger Städte mit seiner Hauszinssteuer zu decken. Der Mittelstand hat gegen diese Pläne der Stadt heftigen Einspruch erhoben und darauf verwiesen, dass die neuen Steuersätze eine Erhöhung der Miete um 64 Prozent der Friedensmiete bedingen. In Düsseldorf will man dem Essener Beispiel nicht folgen, weist aber auch darauf hin, dass diese Haltung, wenn die Verteilung des Ausgleichsstocks nicht besser geregelt werde, einen Verlust von jährlich drei Millionen für Düsseldorf bedeuten würde.

-----

SPD. Halle/Saale, 12. Dezember (Eig. Dr.)

Die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften haben das Mehrarbeitsabkommen für den deutschen Kalibergbau gekündigt und fordern die Wiedereinführung der tariflichen Arbeitszeit. Die Unternehmer des Kalibergbaues haben daraufhin den Lohn- sowie den Manteltarifvertrag gekündigt. Die Kündigungsfrist für den Manteltarifvertrag läuft Ende Januar, die des Lohntarifses zum 1. März nächsten Jahres ab.

In der Lohnstreitsache der mitteldeutschen Metallindustrie für das Tarifgebiet Magdeburg, Anhalt, Halle hatte der Schlichtungsausschuss Halle Verhandlungen für kommenden Sonnabend angesetzt. Die Bezirksleitung des DMV hat daraufhin dem Schlichtungsausschuss mitgeteilt, dass sie der Durchführung des Schlichtungsverfahrens aus rechtlichen wie sachlichen Gründen widerspreche und die Arbeitnehmervertreter zu den Verhandlungen nicht erscheinen würden.

-----

SPD. London, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Herr Goebbels hatte seine Radauschlacht gewonnen und das deutsche Volk bezahlt die Kosten. Es ist nicht der Remarque-Film, sondern sein Verbot, was dem deutschen Ansehen und den deutschen Interessen den allergrössten Schaden zufügt. "Die Kapitalution vor Hitler", überschreibt der liberale "News Chronicle" seinen Bericht und die gesamte englische Presse teilt einmütig diese Ansicht. Die "Times" zitiert den "Vorwärts" und fragt, warum in den Theatern des Herrn Hugenberg-Kriegsfilme mit offensichtlichem antideutschem Unterton

wie die "Grosse Parade" und die "Flieger" unbehindert laufen könnten. Das führende konservative Blatt hält die ganze Agitation gegen den Remarque-Film als künstliche Mache der deutschen Extremisten, die die Jugend zur Kriegsbegeisterung erziehen wollen. Das Verbot sei lediglich eine direkte Ermutigung für diese Leute. "Daily Telegraph" und "Daily Express" erklären, das Filmverbot sei einer der grössten Erfolge, den die Hitler-Partei bisher errungen hätte. Die konservative "Morning Post" sagt, zweifellos habe der Wunsch der deutschen Regierung die Filmprüfstelle entscheidend in ihrem Beschluss beeinflusst. Im Gegensatz hierzu stehe die mutige Haltung der preussischen Regierung, vor allem Severings und des Berliner Polizeipräsidenten, über die allerdings der organisierte Mob, Demagogie und Rowdium der Nationalsozialisten einen Sieg errungen hätte, obwohl die breite Masse der Berliner Bevölkerung keineswegs gegen den Film gewesen sei. Vergleichend zur Haltung der deutschen Regierung stellt die "Morning Post" die Anordnung der Luxemburgischen gegenüber, die ihre gesamte Armee in den Film geschickt habe.

Am tiefsten betroffen ist der "Manchester Guardian". Er sagt in seinem Leitartikel, wenn das Prestige Deutschlands an die alten Lügen von der Glorie und dem Glanz des Krieges gebunden sei, dann allerdings schädige der Remarque-Film das deutsche Ansehen. Das Prestige Deutschlands, schreibt das liberale Blatt, ist jedoch begründet auf dem Mut und der Klarheit, mit der seine Autoren und Dramaturgen die alten patriotischen Märchen zerpfückt haben. Auch der "Manchester Guardian" sieht in dem Verbot nur eine Ermutigung der Nazi-Rowdies, eine Lynchjustiz gegen die Kunst und die Wiedergeburt des deutschen Militarismus. Jahrelang war die deutsche Republik führend in der Welt als Land der geistigen Freiheit, das ist vorbei. Was sich jetzt ereignet hat, ist nicht nur ein Filmverbot, nicht nur ein Sieg der Militaristen, sondern auch Verrat an der Weltfriedensidee, wie sie in dem Film symbolisiert ist, und eine Kapitulation vor dem gegen den Frieden demonstrierenden nationalistischen Mob. Dass in Deutschland der militärische Geist wieder auflebt, ist seit einiger Zeit deutlich sichtbar, eine finstere und überraschende Feststellung jedoch, dass die Gegenkräfte so schwach sind. Das Organ der Arbeiterpartei, der "Daily Herald", warnte schon am Donnerstag vor einem Verbot, das einem zivilisierten Volk wenig Kredit bringen könne. Selbst in den Wandelgängen des Unterhauses war am Freitag die Kapitulation vor Hitler und vor dem Kriegsgeist das Tagesgespräch. Ein alter, erfahrener Labour-Abgeordneter, der sich selbst in der wildesten Hetze von 1914 bis 1918, nicht beugen und irre machen liess, äusserte sich dem Vertreter des "Soz. Pressedienst" gegenüber am Freitag, traurig den Kopf schüttelnd: "Seit der Hunnenrede Wilhelms II. hat das deutsche Ansehen in England keinen solchen Schlag erlitten." Millionen des englischen Volkes haben den Film gesehen, wurden von ihm tief erschüttert und wissen, dass er keine antideutsche, sondern nur eine antikriegerische Gesinnung trägt. Wenn jetzt dieser Film, dessen Grundidee aus Deutschland stammt, in seinem Ursprungsland verboten wurde, so ziehen diese Millionen Engländer ihre Rückschlüsse auf den deutschen Geist, nicht vom blossen Hörensagen in den Zeitungen, sondern aus eigener Ueberzeugung.

SPD. Halle/Saale, 12. Dezember (Eig. Dr.)

Gregor Strasser sprach dieser Tage in Halle in einer grossen öffentlichen Versammlung, in der die Sozialdemokraten zur Diskussion aufgefordert worden sind. Zum Schluss leistete sich Strasser folgende Gemeinheit: "Die Sozialdemokratie kann keine andere Aussenpolitik machen, weil sonst die Wechsel für die Gelder präsentiert werden, die für die Durchführung der Revolution von Frankreich der deutschen Sozialdemokratie gegeben worden sind." Um wegen dieser Gemeinheit nicht zur Verantwortung gezogen zu werden, wurde sofort nach Beendigung des Referats die Versammlung geschlossen, ohne, wie das sonst in nationalsozialistischen Versammlungen der Fall ist, die üblichen Ovationen für Hitler steigen zu lassen.

SPD. Stuttgart, 12. Dezember (Eig. Dr.)

Der moderne, grobe Unfug, jedes Abweichen von der Auffassung oder der Tendenz eines Bühnendichters zum Anlass für die Herbeiführung eines öffentlichen Skandals zu machen, durch die Aufführung des Werkes gestört, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird, hat nun auch in Heilbronn Einzug gehalten. Am dortigen Stadttheater wird jetzt Bruckners "Krankheit der Jugend" aufgeführt. Bei einer Wiederholung kam es zu lauten Pfui- und Protestrufen einiger jugendlicher Besucher, die eine Unterbrechung der Aufführung unmöglich machten. Der Oberspielleiter trat vor die Rampe und forderte die Ruhestörer auf, das Haus zu verlassen. Nachdem dies geschehen war, konnte die Aufführung zu Ende geführt werden.

-----

SPD. Eine vom Allgemeinen Verband der Bankangestellten einberufene Mitgliederversammlung nahm am Freitag in den Berliner Kammersälen zu dem Schiedsspruch für das Bankgewerbe Stellung und dabei einmütig folgende Entschliessung an: "Die Versammlung erwartet, dass allen Arbeitnehmern in den Betrieben der Grossbanken über die Ablehnung hinaus Gelegenheit geboten wird, ihrem Kampfeswillen Ausdruck zu geben. Das kann nur durch eine, gemeinsam von allen Arbeitnehmerorganisationen zu veranstaltende, Urabstimmung über Annahme des Schiedsspruchs oder Arbeitsniederlegung erfolgen!

Einigkeit und Geschlossenheit über alles Trennende hinweg ist mehr denn je in dieser Situation das Gebot der Stunde. Sollte der Deutsche Bankbeamtenverein sich auch in dieser Stunde einem gemeinsamen Vorgehen widersetzen, dann fordern die Versammelten die Betriebsräte der einzelnen Banken auf, in Betriebsversammlungen dieser Forderung unverzüglich Ausdruck zu geben."

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 12. Dezember (Eig. Bericht)

Auf der Tagesordnung der Freitag-Sitzung des Reichstags steht als erster Gegenstand die Beratung der Grubenkatastrophe zu Alsdorf. Der Ausschuss beantragt dazu, folgende Entschliessung anzunehmen: "Die Reichsregierung zu untersuchen: a) aus Anlass der Grubenkatastrophe zu Alsdorf bis zu 2 Millionen Reichsmark zur Unterstützung der Angehörigen der bei diesem und anderen Unglücksfällen verunglückten Bergleute des Wurmreviers zur Verfügung zu stellen; b) auf eine eingehende Untersuchung über die Ursachen, die zu der Katastrophe führten, hinzuwirken." Es liegt ausserdem ein Antrag Breitscheid und Genossen vor: "die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald den Entwurf eines Reichsberggesetzes vorzulegen. Dieser Entwurf muss insbesondere den Grubenkontrolleuren gegenüber dem heutigen Zustand grössere Rechte gewähren. Ferner sind die Wetterkontrollen bei Ausübung ihres Berufes gegen Benachteiligung und Entlassungen zu schützen."

Als Berichterstatter wies der sozialdemokratische Abgeordnete Janscheck insbesondere darauf hin, dass die Wiederherstellung der siebenstündigen Arbeitszeit für Bergleute angestrebt werden müsse. Der Reichsarbeitsminister stellte zunächst einige verlogene Behauptungen in der nationalsozialistischen Interpellation richtig. Im Gegensatz zu der nationalsozialistischen Behauptung seien holländische Rettungsmannschaften überhaupt nicht beteiligt gewesen. Dankenswerterweise hätten holländische benachbarte Gruben Rettungsgeräte angeboten, aber es sei nicht notwendig gewesen, davon Gebrauch zu machen. Herd und Ursache der Katastrophe in Alsdorf lägen noch immer im Dunkel. Er verbürge sich dafür, dass bei der Untersuchung nichts verschleiert werde. An freiwilligen Spenden, an denen auch das Ausland beteiligt sei, seien inzwischen  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark eingegangen.

Es sprach dann der sozialdemokratische Bergarbeiterführer Husemann. Er wies darauf hin, dass seit dem Jahre 1928 auf jeden Tag vier grössere Unglücksfälle im Bergbau gekommen seien. Im Jahre 1930 hätten allein die drei grossen Katastrophen auf der Grube "Wenzeslaus", "Anna II" und "Maybach" 526 Tote gefordert. Auf Zurufe der Kommunisten erwiderte Husemann, dass im letzten Jahre nach amtlichen Zahlen in Russland allein bei vier grossen Katastrophen 691 Tote im Bergbau geblieben seien. Husemann erklärte, dass auf "Anna II" das Gesteinsstaubverfahren nicht so ausgebaut gewesen sei, wie notwendig. Er verlangte Ergänzung der Sicherheitsmassnahmen. Gerade beim Eschweiler Bergwerksverein sei das Antreibesystem gross. Schon am Tage nach dem Unglück sei auf Grube "Anna I" ein Steiger vom Betriebsführer grob angefahren worden, weil er infolge seiner Beteiligung an den Rettungsarbeiten auf "Anna II" nicht genügend Kohle gefördert habe. Die Arbeiterbehandlung sei über alle Massen rücksichtslos. Wer 14 Tage krank gefeiert habe, werde entlassen. Husemann schloss mit der Forderung nach einem einheitlichen Berggesetz. Wenn in Alsdorf nachgewiesen werde, dass die Benzol-Lokomotive die Explosion ausgelöst habe, so müssten diese Lokomotiven verschwinden.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium erklärte zur Interpellation über die Stillegung der Wenzeslaus-Grube bei Neurode, dass die Reichsregierung mit der preussischen Regierung noch berate, ob nicht die Möglichkeit einer Fortarbeit der Wenzeslaus-Grube gegeben sei. Eine komische Einlage lieferte dann der Nationalsozialist Dr. Ley, den das Haus wegen seines provoziert jüdischen Aussehens "Levy" zu rufen pflegt. Er sprach 2 oder 3 Minuten mit markierter Sachkunde über das Grubenunglück in Alsdorf. Anscheinend verliessen ihn dann seine Kenntnisse, und er benutzte den Rest seiner Redezeit, um über Aussenpolitik, Tributpläne, über Regierungsmaximen des alten Fritz und über ähnliche Perlen aus der nationalsozialistischen Versammlungspraxis zu sprechen. Jeder der nach ihm folgenden Redner, gleich welcher Parteizugehörigkeit, machte sich über Herrn Ley und seine "Fachkenntnisse"

im Bergbau lustig. Schliesslich wurde Ley so wütend, dass er sich zu einem Trommelfeuer von Schimpfworten hinreissen liess und nach drei Ordnungsrufen aus dem Saal gewiesen werden musste. Herr Ley hatte u. a. behauptet, dass ein solches Grubenunglück nur in einer Grube mit ausländischem Kapital vorkommen könne. Ein zweiter nationalsozialistischer Redner sagte das Gegenteil und machte auch das deutsche Bergkapital für die Profitsucht verantwortlich. Der Kommunist Florin sah natürlich die Hauptschuld an den Todesfällen bei der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratischen und Zentrums- Abgeordneten holten sich ihre Direktiven von den Bergwerksdirektionen.

Ministerialrat Rotner, Leiter des Preussischen Grubensicherheitsamtes, sagte, dass trotz aller eingehenden Untersuchungen bisher die Ursache in Alsdorf nicht festgestellt wäre. Der Zentrumsmann Kuhnen bedauerte, dass der nationalsozialistische Vizepräsident Stöhr seinen Parteigenossen Ley nicht zur Sache gerufen habe, denn Ley habe über den Beratungsgegenstand nichts zu sagen gewusst. Der Deutsche Volksparteiler Albrecht-Hannover meinte, Dr. Ley trage seinen Namen mit Recht. Er habe als völliger Laie gesprochen. Während seiner Rede war es, wo Ley seinen Tobsuchtsanfall erlitt und aus dem Saal hinausgewiesen wurde. Als zweiter sozialdemokratischer Redner machte Limbertz die Nationalsozialisten darauf aufmerksam, wie unsinnig es sei, die Grubenkatastrophen auf die Tributzahlungen abzuschieben, denn vor dem Kriege in dem unbesiegten Deutschland seien die Todesfälle noch grösser gewesen. Limbertz erinnert an die Katastrophen von Mont Cenis und Radbod. Wenn in den letzten Jahren die Unglücksfälle im Bergbau einigermaßen zurückgegangen seien, so trügen daran die Gewerkschaften ein Hauptverdienst, während die Kommunisten keinerlei Erfolge aufzuweisen hätten.

In den später folgenden Abstimmungen wurde der Antrag des Ausschusses angenommen, ebenso ein Antrag Breitscheldts und Genossen auf Vorlegung eines Reichsberggesetzes. Es folgte die Beratung über den kommunistischen Antrag auf Winterbeihilfe an Erwerbslose. Der Sozialpolitische Ausschuss schlägt aus finanziellen Rücksichten die Ablehnung dieses Antrages vor. Nationalsozialisten und Kommunisten überboten sich bei Beratung dieses Antrages an demagogischen Reden. Der Ehrlichkeit wegen muss zugegeben werden, dass diesmal die Kommunisten an Forderungen für die Notleidenden und an sentimentalem Pathos weit hinter den nationalsozialistischen Rednern zurückblieben. Allerdings hatten die Kommunisten recht, wenn sie die Nationalsozialisten fragten, warum denn diese nicht selbst einen Antrag gestellt hätten, wenn es ihnen so dringlich um eine Winterbeihilfe für Erwerbslose zu tun sei. Der Sozialdemokrat Karsten legte dar, warum der kommunistische Antrag nicht angenommen werden könne. Weder die Kommunisten, noch die Nationalsozialisten machten sich irgendwelche Sorgen um die Deckung. Selbst der nationalistische Kapitän Ehrhardt macht sich in der Börsenzeitung über die verlogene Demagogie der Nationalsozialisten lustig, die für einen Antrag auf Bewilligung von 350 Millionen Mark Winterbeihilfe stimmten, ohne die Deckungsfrage aufzuwerfen. Karsten fragte die Nationalsozialisten, warum sie denn nicht endlich dafür sorgten, dass ihr Antrag auf Enteignung der Bank- und Börsenfürsten behandelt würde. Seit die nationalsozialistischen Führer bei dem Börsenfürsten von Stauss sie die Hücke vollgefressen hätten, dächten sie nicht mehr an ihre antikapitalistischen Anträge. Die Sozialdemokratie werde in den kommenden Monaten sowohl die Kommunisten wie die Nationalsozialisten vor Entscheidungen auf Ausbau der Sozialrenten stellen. Selbst die bescheidenen Erfolge, die die Sozialdemokratie bei Verbesserung der Brüning'schen Notverordnungen erreicht habe, seien doch ganz etwas anderes als die wertlosen kommunistischen Agitationsanträge. Die Heuchelei der Nationalsozialisten sei nicht zu überbieten. Hier im Reichstag stimmten sie mit den Kommunisten für Winterbeihilfe und in den Ländern, die eigentlich zuständig seien, wie in Thüringen und in Braunschweig, lehnten die nationalsozialistischen Minister jede Winterbeihilfe an die Erwerbslosen ab. Der Minister Dr. Frick habe in Thüringen zu einer Sammlung für die Notleidenden

den aufgerufen. Das Ergebnis sei in der Nazihochburg Steinach 2 Mark gewesen und in der Nazihochburg Bürgel ganze 50 Pfennig. In Italien, dem Vorbild der Faschisten, erhalte ein Erwerbsloser täglich 33 Pfennig, da sei beinahe eine so schlechte Versorgung wie in Russland.

Der kommunistische Antrag wurde schliesslich abgelehnt. Kennzeichnend dafür; dass er rein agitatorisch gemeint ist, war die Tatsache, dass neben den Nationalsozialisten auch die hochkapitalistischen Deutschnationalen für den kommunistischen Antrag stimmten. Der Reichstag vertagte sich dann auf den 3. Februar.

-----  
SPD. Paris, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der französischen obersten Heeresleitung tritt zum Jahreswechsel eine wichtige Personaländerung ein. Der Marschall Petain wird in den Ruhestand übertreten und durch den bisherigen Chef des grossen Generalstabes General Weygand ersetzt werden. Weygand, einst enger Mitarbeiter des Marschalls Foch, hat sich besonders im russisch-polnischen Krieg einen Namen gemacht. Weniger rühmlich war seine Rolle innerhalb der Besatzungsarmee des Rheinlandes. Mit der Leitung des grossen Generalstabes dürfte der General Gamelin beauftragt werden, der bisher hauptsächlich in den Kriegen in Syrien und Marokko hervorgetreten ist.

-----  
SPD. Köln, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

Vom Kölner Schöffengericht wurde am Freitag der 22 jährige Nationalsozialist Christian Wirtz wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einem Jahr Gefängnis, ein zweiter Nationalsozialist wegen versuchter Gefangenenbefreiung zu 35 Mark Geldstrafe anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von einer Woche verurteilt. Wirtz hatte bei einem Zusammenstoss zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten geschossen. Ein Polizeibeamter glaubte, dass der Schuss ihm gegolten habe. Er schlug den Nationalsozialisten nieder, der bewusstlos wurde. Die Verhaftung des Bewusstlosen wurde von einigen seiner Kameraden zunächst verhindert, später aber durch das Ueberfallkommando durchgeführt. Die erste Frage, die der verhaftete Wirtz, als er wieder zum Bewusstsein kam, stellte, war: "Wie viel von den Hunden sind denn verreckt?"

-----  
SPD. Solingen, 12. Dezember (Eig. Dr.)

Ein grosser Mannschaftswagen der Solinger Schutzpolizei mit 25 Polizeibeamten besetzt rutschte am Freitag vormittag auf der Strasse vom Fahrdamm ab und stürzte einen Abhang hinter. Fünf Beamte wurden verletzt, darunter einige schwer.

-----  
SPD. Paris, 12. Dezember (Eig. Drahtb.)

In dem durch die jüngst aufgedeckte Kommunistenaffäre bekannt gewordenen Sartrouville ist beim Graben eines Brunnens das Skelett eines etwa zehnjährigen Kindes gefunden worden. Der Leichnam scheint vollkommen nackt begraben worden zu sein, da kein Stückchen Kleidung in der Nähe der Gebeine entdeckt werden konnte. Die Bevölkerung ist angesichts dieses Fundes in grosser Erregung und gewillt, den Mord auf die Kommunisten zu schieben, die bis vor kurzem ihr Versteck in Sartrouville hatten. Die Behörden sind jedoch der Ansicht, dass das Skelett wenigstens acht bis zehn Jahre unter der Erde gelegen haben muss.



# Aus aller Welt

Weihnachten - die Konjunktur der Ladendiebe.

Ein Kapitel von Kriminalität und Sexualität - Die "Arbeit" der Diebe - Geschickte Füsse und das Geheimnis einer Thermosflasche - Das "Leimrutensystem".

SPD. In den letzten acht Tagen wurden in Berliner Warenhäusern und Geschäften 52 Ladendiebe festgenommen. Ein grosser Teil der Festgenommenen besass falsche Pässe und falsche Papiere.

Nirgends wird mehr gestohlen als in Warenhäusern und Läden. Wer erinnert sich nicht des grossen Prozesses gegen Frau Röder und Genossen? Ging doch die Kunstfertigkeit dieser Frau so weit, dass sie eine komplette Heiratsausstattung zusammensteht, womit sie seinerzeit in ihren Kreisen einen "Rekord" aufstellte, der in der Kriminalgeschichte einzig dastehen dürfte. Zu den Glanzleistungen der Frau Röder gehörte auch das Verschwindenlassen eines 24 teiligen Services, womit sie selbst den perfektsten Zauberkünstler in den Schatten gestellt haben mag.

## Abwehrmassnahmen.

Durch die üblen Erfahrungen gewitzigt, halten sich die meisten Warenhäuser eigene Hausdetektive. In Spezialgeschäften wurden die Ladenkassen vielfach so eingebaut, dass sie im Rücken der Käufer angebracht sind, wodurch dem Kassierer eine ständige Kontrolle des Publikums ermöglicht wird. Durch die Anbringung von Spiegeln wurde ebenfalls die Bewegungsfreiheit der Diebe so sehr gehemmt, dass sich schon mancher zum "Berufswechseldiebe" entschlossen haben mag. Unentwegt gross bleibt aber die Zahl der Gelegenheitsdiebe und derjenigen Ladenschrecken, die an Kleptomanie leiden. Hierbei handelt es sich besonders oft um Frauen. Oft liess man sie wieder laufen, weil sie zu den guten Kundinnen gehörten und den Schaden stets wieder gutmachten.

## Die Diebin mit Gewissensbissen.

So hatte beispielsweise die Gattin eines höheren Beamten den Vorzug, in einem vornehmen Geschäft Berlins mit besonderer Freude empfangen zu werden. Sie "arbeitete" nämlich nach eigener Note. Infolge von Gewissensbissen schickte sie hinterher stets den vollen Rechnungsbetrag der entwendeten Sachen an das Geschäft ein... Die Ueberführung dieser Diebin erfolgte durch verschärfte Beobachtung. Als sie wieder einmal "einkaufte", sah man, wie sie eine Bluse entwendete. Man liess sie laufen und stellte nach ihrem Weggang fest, welches Etikett die verschwundene Bluse hatte. Wenige Tage später kam, wie immer, das Geld für die Bluse. Da man nun positiv wusste, dass sie die Diebin war, verschärfte man die Beobachtung. Zum Erstaunen der Geschäftsleitung sandte die Dame stets für mehr Dinge Geld, als man sie stehlen sah. Da sich die Geschäftsleitung nicht im Nachteil fühlte, liess man sie weiter stehlen, denn man hielt sie für eine "ehrliche" Diebin.

Auffallenderweise trifft man beim Ladendiebstahl ausschliesslich - mit wenigen Ausnahmen - nur das weibliche Geschlecht. Das hat zum Teil medizinische Ursachen. Manche Frauen stehlen zur Zeit der Periode. Ausserdem muss man bedenken, dass manche Frauen, denen es das Einkommen ihres Gatten nicht gestattet, sich der Mode entsprechend zu kleiden, deswegen doch sehr putzsüchtig sind. Es handelt sich hier meist um eitle, aber schwache Frauen, die nur zu leicht der Versuchung unterliegen. Nur zu schnell entwickeln sich die einmal vom "Glück"

Begünstigten zu Gewohnheitsdiebinnen. Diese Art der Amateurdiebinnen sieht man meist mit Hilfe ihres Mantels oder Muffes oder Einkaufstasche stehlen.

#### Akrobatenzehen.

Berufsmässige Diebinnen unterscheiden sich von der anderen Gattung dadurch, dass sie nur hohe Werte wegen stehlen. Sie sind daher in der Geschäftswelt sehr gefürchtet, da sie ausserordentlich raffiniert arbeiten. Dass viele von ihnen mit den Füssen stehlen, ist nichts Neues. Mit dem Ellenbogen wird eine kostbare Spitze vom Ladentisch gestossen, und während die Hände eine andere Spitze "begutachtend" halten, schlüpft der Fuss schnell aus dem Halbschuh und die Zehen krallen nach der Spitze, die am Boden liegt. Bei der Durchsuchung einer Verdächtigen, die sich völlig entkleiden musste, machte man die Wahrnehmung, dass diese Frau Strümpfe trug, die vorne abgeschnitten waren, so dass die Fusszehen frei lagen, das machte stutzig. Man untersuchte weiter und siehe, das gesuchte kostbare Diebesgut wurde bei ihr gefunden.

Eine besonders "schlaue" Diebin liess sich als Verkäuferin in einem Warenhaus anstellen, Sie musste sich ihre Entlarvung durch einen Geschäftsdetektiv gefallen lassen, als sie versuchte, einige Seidenkleider, die sie zwischen den Wandungen einer Thermosflasche untergebracht hatte, herauszuschmuggeln.

#### Weiches Herz und weiches Wachs.

Mit besonderer Dreistigkeit arbeitete eine "vornehm" gekleidete Dame, die sich in einem Juwelierladen kostbare Ringe zur "Auswahl" vorlegen liess, als gerade ein "Bettler" den Laden betrat und um eine Gabe bat. "Gerührt" warf sie ihm Geld in den Hut und mit dem Gelde auch einen entwendeten Ring, denn der Bettler war ein Komplize der "feingekleideten" Frau.

Gerade in Juwelenläden trifft man männliche Diebe häufiger an. Ihre Tricks werden immer wieder mit Erfolg angewandt.

So benutzte einmal ein Juwelendieb einen Wachsklumpen, der zwischen Absatz und Sohle angebracht war. Sein Komplize, der vor ihm den Laden betrat, liess ein Schmuckstück zur Erde fallen, während der andere inzwischen mit nebensächlichen Fragen im Laden herumstand, mit dem Wachsklumpen auf das Schmuckstück trat und dann den Laden wieder verliess. Da der noch im Laden befindliche "Kompagnon" nichts "Zusagendes" fand, verliess auch er den Laden, um sich später mit seinem "Mitarbeiter" an verabredeter Stelle zu treffen. Wäre der Diebstahl noch rechtzeitig entdeckt worden, hätten der Dieb und dessen Helfer nichts zu befürchten brauchen, da sie sich ruhig hätten untersuchen lassen können. In solchen Fällen fällt dann der Verdacht auf einen anderen Kunden, der während der Zeit oder später im Laden war.

#### Präparierte Visitenkarten.

Missgeschicke solcher Art machten die Diebe noch vorsichtiger. So "arbeiteten" andere auf folgende Weise: betrat einer der Diebe den Laden, so drückte er sofort Wachs unter die Schmalseite, die gewöhnlich um den Ladentisch läuft. Gelang es ihm, einen Brillanten verschwinden zu lassen, so drückte er ihn an das Wachs fest. Wird dann der Diebstahl entdeckt, so findet man nichts an dem Dieb. Erst eine Stunde später erscheint der Komplize und "pflückt" den Brillanten von der Ladentischleiste. Auf einen solchen Kunden fällt so gut wie nie ein Verdacht. Dieser Trick, das "Leimrutensystem", wird von den Dieben in den verschiedensten Variationen angewendet. Ein besonders raffinierter Gauner "arbeitete" mit präparierten Visitenkarten. Er hielt mehrere Karten in der Hand, deren unterste mit Klebstoff bestrichen war. Auf die oberste Visitenkarte zeichnete er die Fassung, in die der Juwelier den Stein bringen sollte. Die unterste Karte legte er auf einen der ausgebreiteten Brillanten. Während der Dieb dem Juwelier die Skizze gab, steckte er die übrigen Karten wieder in die Brieftasche. Und mit diesen natürlich den kostbaren Brillanten....

+ + +

Das Glück in der Auster. Fräulein Simone Pinard, die Tochter eines Austernzüchters in der Nähe der französischen Stadt Marennes, fand in einer Austernmuschel 17 Perlen der verschiedensten Grösse.

Riesige Kohlenfunde in Deutsch-Ostafrika. Im Süden des früheren Deutsch-Ostafrika, in der Nähe des Nyassa-Sees, sollen riesige Kohlenfelder entdeckt worden sein, die auf ein Vorkommen von ungefähr hundert Millionen Tonnen Kohle schliessen lassen.

Sieben Geisteskranke entsprungen. Ein Geisteskranker, der vor drei Wochen aus der Irrenanstalt Matteswan im Staate New York entsprungen war, kehrte in der Nacht in die Anstalt zurück und befreite sechs seiner früheren Kameraden. Die Bemühungen der Polizei, die Flüchtlinge wieder einzufangen, verliefen bis jetzt ergebnislos. Unter den Entsprungenen befinden sich zwei gefährliche Mörder. Der eine tötete eine Frau, indem er ihr gewaltsam Schwefelsäure einflösste, der andere glaubte aus der Bibel das Recht entnehmen zu können, zwei Schlägtergesellen auf offener Strasse zu töten.

Für 120 000 Mark Juwelen gestohlen. Ein in Berlin w. wohnender Kaufmann B. wurde von seiner Hausangestellten Ruth Zobel um Brillanten und eine Perlenkette im Werte von 120 000 Mark und um verschiedene kostbare Pelze erleichtert. Die erst 18 Jahre alte Diebin, die ein reichlich mondänes Leben führte, ist flüchtig. Die Polizei vermutet, dass Ruth Zobel mit internationalen Juwelendieben in Verbindung stand, denn Diebstahl und Flucht sind auffallend geschickt und schnell ausgeführt worden.

Doppeltes Todesurteil. Vom Schwurgericht Beauvais (Frankreich) sind zwei 19 jährige Burschen, die einen Taxichauffeur ermordet und beraubt hatten, zum Tode verurteilt worden. Nach der entsetzlichen Aufregung der Gerichtsverhandlung brach die Mutter des einen der Verurteilten vom Schlage getroffen tot im Gerichtssaal zusammen.

Hieb ins Hauptgasrohr. Durch einen unvorsichtigen Schlag mit einem pneumatischen Hammer durchhieb auf einem Pariser Bauplatz in der Höhe des Odéons ein Arbeiter ein grosses Hauptgasrohr. Mit ungeheurer Geschwindigkeit strömte eine grosse Menge des vergiftenden Leuchtgases aus und ehe sich alle in der Nähe befindlichen Personen in Sicherheit bringen konnten, fielen sechs von ihnen ohnmächtig um. Sie wurden ins Spital gebracht und sind zum grössten Teil ausser Lebensgefahr. Der Unfallplatz musste weithin abgesperrt und die Kläranlage durch die Feuerwehr abgesaugt werden.

Opiumhöhle entdeckt. In Marseille ist eine Opiumhöhle aufgedeckt worden, die einem 30 jährigen Chinesen, der sich in den engen Gassen des alten Hafenviertels niedergelassen hatte, gehörte. In dem Opiumnest wurden sämtliche Utensilien der Opiumraucher sowie grosse Mengen Rauschgift vorgefunden. Der Chinese wurde verhaftet.

Grossfeuer in Stambul. In Stambul wurden bei einem Grossfeuer mehrere hundert Häuser eingeäschert. Vermutlich kamen auch Menschen um.

Abgesetzter Scharfrichter. Der tschechische Scharfrichter ist seines Dienstes enthoben worden, weil er entgegen seinen Instruktionen einigen Journalisten gegenüber Mitteilungen über Einzelheiten der letzten beiden von ihm besorgten Hinrichtungen gemacht hat,

# Gewerkschaftliche Bündnis

Unternehmerwillkür.

Zum Tarifkonflikt im oberschlesischen Bergbau.

SPD. Die Verhandlungen über die am 31. Dezember ablaufenden Tarifverträge (Manteltarif und Mehrarbeitsabkommen) des oberschlesischen Steinkohlenbergbaus haben mit einer Herausforderung der Unternehmer geendet. Im oberschlesischen Bergbaubezirk besteht seit zwei Monaten kein Lohnvertrag mehr, da der Reichsarbeitsminister einen Schiedsspruch, der die alten Löhne wieder in Kraft setzen wollte, nicht für verbindlich erklärt hat. Bei den neuen Verhandlungen verlangten die Unternehmer einen Lohnabbau um 12 % und zwar unter Hinweis auf die von ihnen ab 1. Dezember durchgeführte 6%ige Senkung des Kohlenpreises. Die Gewerkschaften forderten umgekehrt in Anbetracht der sehr niedrigen Löhne des Reviers und der günstigen wirtschaftlichen Lage des oberschlesischen Steinkohlenbergbaus eine Lohnaufbesserung. Diese Forderung beantworteten die Unternehmer mit der Erklärung, sie würden zwar den Schlichter anrufen, der Gesamtschlichtung von 50 000 Mann jedoch am Montag, den 15. Dezember, die Kündigung der Arbeitsverträge zustellen.

Brutaler konnten die Unternehmer wirklich nicht vorgehen. Der oberschlesische Bergbau gehört zu den besten deutschen Kohlenrevieren. Er hat, während in anderen Revieren zahlreiche Feierschichten eingelegt werden mussten und riesige Haldenbestände sich auf türmten, von einer Wirtschaftskrise lange Zeit kaum etwas gemerkt. Auch jetzt wird niemand behaupten wollen, dass es dem oberschlesischen Bergbau schlecht geht.

Die Belegschaft ist gegenwärtig rund 48 000 Mann stark. Der Durchschnittslohn pro Mann und Schicht betrug nach den Veröffentlichungen des oberschlesischen Unternehmerverbandes im August 6,91 Mark, während er im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau 9 Mark, im Aachener Bezirk 7,93, im sächsischen Steinkohlenbergbau 7,65 und in dem schlechtesten Steinkohlenrevier, d.h. in Niederschlesien 6,57 Mark ausmachte. Selbst der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau stand im August mit seinen Löhnen, nämlich mit 7,46 Mark pro Schicht, wesentlich über dem Verdienst des oberschlesischen Steinkohlenbergarbeiters. Auf der anderen Seite ist in Oberschlesien die Leistung, bzw. der Förderanteil im oberschlesischen Revier bedeutend höher als in allen anderen Steinkohlengebieten. So betrug der Förderanteil pro Mann und Schicht im August dieses Jahres in Oberschlesien 1479 Kilogramm, Ruhrrevier 1373, Niederschlesien 859, Sachsen 705 und Aachen 985 Kilogramm. Der oberschlesische Bergbau hat eine ständige Steigerung des Schichtförderanteils pro Mann und Schicht zu verzeichnen, die zur Stunde auf 1500 Kilogramm (Jahresdurchschnitt 1913: = 1139 Kilogramm) gesteigert sein dürfte.

Der Schichtförderanteil pro Mann und Schicht ist massgebend für die Lohnkosten am gewonnenen Produkt und ebenso auch für die gesamten Selbstkosten des Werks. Tatsache ist nun, dass die reinen Lohnkosten sich auch im Laufe der letzten Jahre ständig gesenkt haben. So betragen die Arbeitslohnkosten im Januar 1930 je Tonne 5,11 Mark, im Mai 4,87 Mark und im August 4,67 Mark. In keinem anderen deutschen Steinkohlenrevier sind die Lohnkosten pro Tonne Kohle so niedrig wie in Oberschlesien; hier sind sie am niedrigsten. Unbestritten ist ferner, dass die Materialkosten sich im Laufe dieses Jahres, insbesondere aber in den letzten Monaten, ganz erheblich gesenkt haben. Wenn die Grubenunternehmer stän-

dig behaupten, dass sie bisher weder ermässigte Holzpreise noch andere ermässigte Materialkosten gehabt hätten, so liegt das allein an den Abschlüssen und Verträgen. Im übrigen ist es nichts Neues, dass die Unternehmer bei Ermässigung der Preise sich stets auf alte Verträge berufen, während beim Steigen der Materialpreis sehr schnell die neuen erhöhten Sätze in Anwendung kommen.

Die Bergarbeiterbelegschaft von Oberschlesien hat also sehr gute Gründe, wenn sie sich gegen eine im Verhältnis zu den tatsächlichen Preis- und Lohnverhältnissen geradezu irrsinnig anmutende Lohnsenkungsforderung auf das Energisichste zur Wehr setzt. Die Drohung mit der Kündigung der Arbeitsverträge schreckt die Bergarbeiter nicht.

SPD. Am Montag beginnen in Leipzig Schlichtungsverhandlungen zur Regelung des Arbeitszeitkonfliktes im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Der Versuch der Gewerkschaften, für die mitteldeutschen Grubenarbeiter endlich menschenwürdige Arbeitszeitverhältnisse zu schaffen - augenblicklich beträgt die Schichtzeit noch  $9\frac{1}{2}$  Stunden - dürfte angesichts der scharf reaktionären Einstellung der mitteldeutschen Braunkohlenunternehmer auf scharfen Widerstand stossen. Die Haltung der Arbeitgeber im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau gegenüber der Arbeiterschaft ist in der jüngsten Zeit noch herausfordernder geworden, als sie ohnehin schon war. Eine Zuschrift aus Kreisen des Bergbauindustriearbeiterverbandes, die wir nachstehend veröffentlichen, gibt darüber lehrreichen Aufschluss.

Seit Jahren - so wird in der Zuschrift ausgeführt - betätigen sich im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau nicht weniger Werksverwaltungen, einschliesslich ihrer Betriebsleiter und Direktoren, als eifrige Förderer der gelben Werkvereine und des Stahlhelms. Einige der leitenden Personen belieben sogar, sich täglich mit Stahlhelmsabzeichen im Betrieb oder bei irgendwelchen anderen dienstlichen Anlässen zu zeigen. Die gelben Werkvereine werden nachweisbar von den Werksverwaltungen auch finanziell unterstützt, und ebenso wird jedes Jahr eine ganze Anzahl gelber Zöglinge auf Kosten der einzelnen Werke in besondere Lehrkurse geschickt, worin sie zu Befürwortern der kapitalistischen Ausbeutung gegen ihre eigenen Arbeitskollegen erzogen werden.

Bis jetzt konnte dem Arbeitgeberverband des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus eine direkte Unterstützung dieser gelben Werkvereine nicht nachgewiesen werden. Tatsächlich werden jedoch die Gelben von einer Anzahl Mitglieder des Arbeitgeberverbandes laufend unterstützt, und dieser Umstand hat wahrscheinlich jetzt den Verband veranlasst, die Forderung auf Streichung des § 1 des noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres geltenden Tarifvertrags zu erheben. Was besagt dieser Paragraph? Er bestimmt, dass die von den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom 15. November 1918 abgeschlossene Vereinbarung von den beiden Tarifparteien anerkannt wird, worin es heisst: "Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen."

Vertragstreue spricht aus einer derartigen Handlungsweise bestimmt nicht; denn nach geltendem Recht soll während des Bestehens eines Vertragsverhältnisses die Tarifpartei alles tun, um den vertragsmässigen Zustand zu fördern und jede Handlung unterlassen, die denselben gefährden kann. Auch auf ihre Mitglieder hat die Tarifpartei während des Bestehens des Vertragsverhältnisses in jeder Richtung einzuwirken und unter Umständen alle satzungsmässigen Mittel anzuwenden, um ihre Mitglieder zur Erfüllung des Vertrages zu bewegen. Die Anstrengungen des mitteldeutschen Braunkohlen-Arbeitgeberverbandes scheinen hinsichtlich der Durchführung von Verträgen in Arbeitsfragen nicht besonders stark zu sein; schon bereits 1927 bei Beendigung des mitteldeutschen Braunkohlenstreiks muss-

te man erleben, dass der Arbeitgeberverband nicht die erforderliche - oder vielleicht gar nicht gewollte - Stärke besass, um die damals abgeschlossene Friedensvereinbarung bei einem Teil seiner Mitglieder zur Durchführung zu bringen. Der Verband hat nicht die ihm satzungsgemäss zur Verfügung stehenden Mittel angewandt, um seine Mitglieder zur Vertragstreue zu bewegen, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass bei diesem Arbeitgeberverband eine besondere Auffassung über die Durchführung von Tarifverträgen besteht.

Viel aktiver als bei der Wahrung der Vertragstreue ist der Braunkohlenarbeitgeberverband, wenn es gilt, den Kampf gegen die Arbeiter strategisch vorzubereiten. So hat er nicht nur eine Streitentschädigungsgesellschaft gegründet - die Gelder dazu werden aus den einlaufenden Betriebsmitteln entnommen -, sondern auch Richtlinien über das Verhalten seiner Mitglieder bei Streiks und Aussperrungen herausgegeben. Diese Richtlinien - sie sind im wesentlichen von der Arbeiterpresse bereits veröffentlicht worden - sind für alle Mitglieder des Arbeitgeberverbandes bindend. Hierin scheint bei den Arbeitgebern eine grössere Geschlossenheit und Disziplin angestrebt zu werden als bei der Durchführung von Tarifvereinbarungen. Die mitteldeutschen Grubenherren möchten jede Betätigungsmöglichkeit streikender Arbeiter in Zukunft vereiteln und jeden aktiven streikenden Arbeiter wenn irgend möglich dem Staatsanwalt zuführen. Sogar das Streikpostenstehen wollen sie mit Hilfe von einstweiligen Verfügungen unterbinden.

Die Grubenherren des mitteldeutschen Braunkohlenreviers sind kampfeslustern, weil sie sich stark fühlen. Aber auch die Arbeiterschaft in der mitteldeutschen Braunkohle ist heute immerhin eine Macht. Diese Macht lässt sich nicht so leicht in Ketten legen. Die nächsten Wochen werden das zur Genüge beweisen.

SPD. Der Vorstand des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten beschloss eine Urabstimmung über den Schiedsspruch für das Bankgewerbe nach vorhergehender Verständigung mit den übrigen am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerverbänden durchzuführen. Da die Spitzen der Arbeitnehmer-Tarifkontrahenten sämtlich sich gegen den Schiedsspruch ausgesprochen haben, fordert weiter der Allgemeine Verband, dass baldigst Massnahmen getroffen werden, um die Durchführung des Schiedsspruchs zu verhindern.

SPD. Hört man die Nationalsozialisten reden, dann gibt es keine grösseren Arbeiterfreunde als sie. Wie es mit der Arbeiterfreundlichkeit ihrer eigenen Betriebe aussieht, hat dieser Tage eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht in Dresden gezeigt, in der gegen den Nazi-Zeitungsverlag "Frohberg und Bonhäuser" von den Arbeitnehmern Klage geführt wurde. Die Kläger erklärten: Der Verlag wollte die Wahl des Betriebsrats vereiteln. Den Lohn für die Zeitungsausdräger hat er um 5 % gekürzt. Der Betriebsratsvorsitzende Nikolaus war fristlos entlassen worden, weil er in einer Betriebsversammlung von der "Luderwirtschaft des Chefs" gesprochen haben soll. Herr Frohberg hat die Arbeiter gezwungen, unter Tarif zu arbeiten, während er selbst ein Monatseinkommen von 1700 Mark in die Tasche steckte. Er hat sogar abgezogene soziale Beiträge verschiedentlich nicht abgeführt. - Die Verhandlung, die noch zu keiner Entscheidung führte, wird am 5. Januar fortgesetzt.

Sehen so Betriebe der nationalsozialistischen Arbeiter-Partei aus?



## Die Einschränkung der Roggenanbaufläche.

Von Dr. Fritz Baade.

SPD. Nach einer Vorschätzung des Preussischen Statistischen Landesamts ist die diesjährige Roggenanbaufläche in Preussen gegenüber dem Vorjahr um 10,2 %, also um 350 000 Hektar eingeschränkt worden. Bei der Beurteilung dieses Ergebnisses muss man vor allem bedenken, dass die diesjährige Herbstbestellung (Herbst 1930) die erste Gelegenheit war, wo eine Umstellungsbereitschaft der Landwirte praktisch in Erscheinung treten konnte. Bei der vorjährigen Herbstbestellung (Herbst 1929) blickte der Landwirt auf einen Zeitraum von nicht weniger als 3 Jahre zurück, in welchem die Roggenpreise durchschnittlich kaum niedriger gewesen waren als die Weizenpreise, teilweise sogar, wie im Jahre 1927/28, 7 Monate hintereinander über den Weizenpreisen gestanden hatten. Es lag also noch bei der vorjährigen Herbstbestellung keinerlei Veranlassung zu einer Umstellung vor. Erst das letzte Jahr hat einen Roggenpreis gebracht, der trotz allen Stützungsmaßnahmen wesentlich unter den Weizenpreisen lag und der daher zu einer Einschränkung des Roggenbaues im allgemeinen und insbesondere zu einer Umstellung von Roggen auf Weizen Anlass geben konnte. Aus diesem Grunde habe ich es das ganze Jahr hindurch immer wieder abgelehnt, mich an irgend einer Propaganda zur Einschränkung des Roggenbaues zu beteiligen, da die Preisverhältnisse selber ein ausserordentlich wirksamer Antrieb für diese Umstellung waren und kein Mensch mit gutem Gewissen sagen konnte, ob die Propaganda die Aufgabe haben würde, diese in den Preisen liegende Umstellungstendenz noch zu verstärken oder etwa umgekehrt einer übertriebenen Umstellung entgegenzuwirken.

Das Ergebnis der Vorschätzung des Preussischen Statistischen Landesamtes scheint mir ein Beweis dafür zu sein, dass die Einschränkung des Roggenbaues keineswegs hinter dem Wünschenswerten zurückgeblieben ist; sie zeigt vielmehr die Gefahr, dass die Landwirte hier über das Ziel hinausgegangen sind. Eine Uebertreibung in der Einschränkung des Roggenbaues liegt dann vor, wenn die Einstellung die Gefahr mit sich bringt, dass die Roggenpreise wieder wie in den Jahren 1926/27 und besonders 1927/28 über die Weizenpreise hinaus steigen. Besonders beachtet muss auch die Gefahr für die Verbraucher werden, dass durch eine übermässige Einschränkung der Roggenproduktion eine solche Preissteigerung eintritt, bei der die Brotpreise allzu stark steigen, beispielsweise auf den Stand vom Frühjahr 1928, wo der Brotpreis mit 48 Pf. je kg um 33 % über dem heutigen Brotpreis stand.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist nun eine mehr als 10 %ige Einschränkung der Roggenfläche durchaus nicht unbedenklich. Sie bedeutet, dass die durchschnittlichen deutschen Roggenernten sich um etwa 750 000 to vermindern, d.h. um eine Produktionsmenge, die mehr als doppelt so gross ist als die Roggenproduktion von Kanada und Argentinien zusammen, die grösser ist, als die gesamten Ausfuhrüberschüsse aller überseeischen Länder zusammen. Man darf eben bei der Beurteilung der Roggenfrage niemals vergessen, dass die deutsche Roggenproduktion eines der gewichtigsten Stücke aus der Roggenweltwirtschaft ist und dass eine Verminderung der deutschen Produktion von keinem Lande der Erde, mit alleiniger Ausnahme von Sowjet-Russland, so leicht ausgeglichen werden kann. Als wir 1926 und 1927 - bei grösserer Anbaufläche - eine schlech-

te Ernte hatten, mussten wir schon von Ostern ab bis zur neuen Ernte die Deckung des Brotbedarfes der städtischen Bevölkerung fast ausschliesslich im Auslande suchen und haben damals auf dem Weltmarkt Preise bis zu 220 Mark je to ohne Zoll zahlen müssen. Wenn wir in den nächsten Jahren bei der um 10 % verminderten Roggenfläche wieder einmal schlechte Ernten haben, so kann die Versorgungslage durchaus wieder bedenklich werden, da bei einer schlechten deutschen Roggenernte auch das nächst wichtigste Produktionsland, Polen, eine schlechte Ernte und einen Zuschussbedarf zu haben pflegt. Auf den dritten grossen Roggenproduzenten der Erde, Sowjet-Russland, aber ist natürlich als Lieferant gar kein Verlass, da selbst der heutige russische Roggenexport nur ein Hungerexport und nicht ein Ueberschussexport ist. Wir können daher nur hoffen, dass wir angesichts der verminderten Roggenfläche in den nächsten Jahren nicht wieder von Missernten betroffen werden und wir müssen im Interesse der Verbraucher alles daran setzen, dass wenn schon wirklich dieser Fall eintreten sollte, dann von dem Verbraucherschutz, der in dem beweglichen Zollsystem liegt, in vollem Umfange Gebrauch gemacht wird.

SPD. Die Organisationen der deutschen Wirtschaft haben bereits in der Oeffentlichkeit auf die Gefahren hingewiesen, die der deutschen Handelspolitik aus den neuen Agrarplänen des Reichsernährungsministers Schiele erwachsen. Die zum Teil recht sinnlosen Wünsche des Reichsernährungsministers werden u.a. auf den grössten Widerstand im Ausland stossen und man kann damit rechnen, dass der bereits vor einigen Monaten drohende Boykott deutscher Waren ohne Zweifel sofort zur Wirklichkeit wird, wenn der Reichsernährungsminister seine übertriebenen Forderungen durchzusetzen vermag. Der Schielesche Kurs bedroht die deutsche Handelspolitik und das deutsche Handelsvertragssystem.

Am Freitag haben nun die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie Gelegenheit genommen, der Regierung ihre Meinung über die neuen Zollpläne des Reichsernährungsministers vorzutragen. Amtlich wird über diesen Schritt folgendes mitgeteilt: "Der Reichspräsident empfing heute vormittag eine Abordnung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die ihm ihre Besorgnisse der wegen Gefährdung der deutschen Handelspolitik durch zu weitgehende Zollschutzmassnahmen für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte vortrug."

Leider bleibt das amtliche Kommuniqué der Oeffentlichkeit schuldig, was die Regierung positiv den Vertretern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erwidert hat. Man weiss, dass im Kabinett die Ansichten über die Schieleschen Pläne durchaus geteilt sind. Die Oeffentlichkeit erwartet vom Kabinett, dass es die an Sabotage unserer Wirtschaft grenzenden Schieleschen Pläne ablehnt.

SPD. Der deutsche Enqueteausschuss hat seine dreijährige Untersuchung über die Eisen- und Stahlwarenindustrie abgeschlossen. Die lange Dauer der Erhebungen erklärt sich aus der sehr starken Zersplitterung und Vielseitigkeit dieses Industriezweiges. Die Gesamtzahl der Betriebe beläuft sich auf etwa 27 000 mit einer Belegschaft von etwa 450 000 Personen. Auf Kleinbetriebe bis zu 6 beschäftigten Personen entfallen hiervon 70,8%, auf Mittelbetriebe bis zu 50 Personen 20,8% und auf Grossbetriebe 5,3%. Von der Belegschaft dagegen entfielen nur 9,5% auf die kleinen, 27,6% auf die mittleren, aber fast 63% auf die Grossbetriebe.

Weitaus an der Spitze aller Produktionsgruppen in diesem Industriezweig steht die Werkzeug- und Stahlwarenindustrie, die rund 65% aller Betriebe und 32,1% der Gesamtbelegschaft auf sich vereinigt.

Der Produktionswert konnte nur schätzungsweise ermittelt werden und wird

für 1927 mit 2,5 Milliarden Mark beziffert. Die Ausfuhr stellte sich in dem gleichen Jahr auf 872,5 Millionen oder 35% der Gesamtproduktion. An der deutschen Gesamtausfuhr ist der Anteil der Eisen- und Stahlwarenindustrie von 1913 bis 1928 von 5,3 auf 7,8% gestiegen, ein Beweis, welche Bedeutung dem Export dieser Industrie zukommt. Aus diesem Grunde ist auch durchaus verständlich, dass die Organisation der Eisen- und Stahlwarenindustrie, der Esti-Bund, gegen die rigorose Preispolitik der deutschen Eisenkartelle am schärfsten protestiert. Auch der Enquetéausschuss kommt hinsichtlich der Preisfrage zu dem klaren Ergebnis, dass zwar durch das Aviabkommen die deutsche Eisen- und Stahlwarenindustrie bei ihrer Ausfuhr der Konkurrenz im Auslande ungefähr gleichgestellt sei, dass sie aber im Inlande der ausländischen Konkurrenz wegen der teueren Materialien unterlegen sei.

Die Effektivlöhne stellten sich in Deutschland 1927 auf etwa 38,40 Mark pro Woche und erreichten 1928 einen Durchschnittssatz von etwa 43 Mark pro Woche. Dagegen lagen die Löhne in den Vereinigten Staaten nahezu bei 121 Mark wöchentlich, in England hielten sie sich mit 43,80 Mark im Durchschnitt auf dem Stande der deutschen Löhne, während in Frankreich, Oesterreich, Belgien und der Tschechoslowakei die dortigen Löhne nicht ganz an die deutschen Sätze herankamen. Insgesamt wird festgestellt, dass die Effektivlöhne von 1913 bis 1918 etwa um 90% gestiegen seien. Die Auswirkungen für die Industrie seien sehr unterschiedlich. So sind in verschiedenen Produktionsgruppen mit dieser Lohnsteigerung keine Erhöhungen des Lohnkostenanteils am Produkt eingetreten, jedoch lässt sich für diese Frage keine einheitliche Untersuchung anstellen, da die Betriebsbedingungen in dieser Industrie zu unterschiedlich sind.

-----

SPD. Die Reichsbank hat die Bestimmung, nach der alle von ihr erhobenen Gebühren auf volle 5 Pfennig abzurunden sind, aufgehoben. Die Gebühren der Reichsbank werden, abgesehen von den Mindestsätzen, von jetzt ab auf Reichspfennige genau ausgerechnet und erhoben.

-----

SPD. Der Grosse Ausschuss des Reichskohlenrats und der Reichskohlenverband beschäftigten sich am Freitag mit der Frage der Kohlenpreissenkung. Nach längeren Auseinandersetzungen kam ein Kompromiss zustande. Dieses geht dahin: Die Syndikate erhalten innerhalb einer bestimmten Grenze Bewegungsfreiheit für Aenderung der Preise. Als Grenze gelten die Preise vor dem 1. Dezember 1930. Führen die Syndikate Preisänderungen durch, so haben sie diese dem Vorstand des Reichskohlenverbandes 8 Tage vorher mitzuteilen. Diesem liegt dann eine Ueberprüfung dahin auf, ob sich die Preisänderungen im Rahmen der Abmachungen bewegen.

## Die Amerikaner verkaufen.

Börsenbericht für die Woche vom 8. bis 13. Dezember,

SPD. Berlin, 13. Dezember 1930.

Allgemein hatte man gehofft, dass die Banken in Rücksicht auf ihre fälligen Jahresbilanzen die Börsenkurse treiben würden. Darin hat man sich getäuscht. In der verflossenen Woche sind Kursverluste eingetreten, die bei einzelnen Papieren über 10 Punkte hinausgehen. Schwerwiegender als die Verluste sind die Gründe, die zu diesen Verlusten führten. Es liegt auf der Hand, dass amerikanische Finanzkreise, seien es Banken oder seien es Investmenttrusts, bestrebt sind, sich flüssige Mittel zu verschaffen. Das führt zu recht umfangreichen Verkäufen in deutschen Aktien, die man in besseren Zeiten angeschafft hatte.

Für die Richtigkeit dieser These spricht vor allem das starke Angebot am Elektromarkt, also an dem Markt, an dem amerikanisches Kapital stets das grösste Interesse bekundete. Man sieht daraus, wie eng wir mit der Weltwirtschaft und damit auch mit ihrer Krise verflochten sind, sodass Zeitpunkt und Tempo einer Besserung durchaus nicht allein in unserer Macht liegen.

In der gleichen Richtung deuten die Vorgänge, die sich am Freitag an der Börse abgespielt haben. Die Tatsache neuer Schwierigkeiten im Pariser Bankgewerbe führte zu einem Kursrückgang der Chadeaktien (Compania Hispano Americano de Electricidad in Brüssel) von nicht weniger als 10 Mark pro Stück (von 282 auf 272 Mark). Und nicht geringer war der scharfe Kursrückgang der schwedischen Svenskaaktien (Ivar Kreuger-Konzern) um ebenfalls 10 Mark (von 281 auf 271 Mark), der durch schwachen Verlauf ausländischer Börsen zu erklären ist. Es ist selbstverständlich, dass auf solche Spezialbewegungen unsere gesamten Aktienmärkte reagieren. So leben wir in der wenig angenehmen Aussicht, an den Krisensorgen der ausländischen Finanzwelt teilnehmen zu müssen.

Wie bereits erwähnt, wurden mit am stärksten von den amerikanischen Abgaben die führenden Elektrowerte betroffen. Die Spitze hielten Siemensaktien, die innerhalb der letzten Woche von 166,75 auf 151,75% im Kurs gefallen sind. Selbst die nur knapp über dem Parikurs stehenden AEG-Aktien, das ehemalige Standardpapier der deutschen Börsen, musste erneut nachgeben und unterschritten zeitweise den Kurs von 100%. Auffallende Verkäufe erfolgten ferner in RWE-Aktien, da offenbar ihr Eindringen in die öffentliche Elektrizitätswirtschaft nicht gerade freundlich beurteilt wird. Sie mussten von 139,25 auf 130,25% nachgeben. Sogar 11 Punkte schwächer (135 nach 146%) waren die Aktien der Thüringer Gasgesellschaft, wobei man Verkäufe bisheriger Aufkäufer angesichts der Ausichtslosigkeit jeder Opposition gegenüber dem Eintritt der Preag und der SEW beobachtet haben will. Mitgerissen wurden von dieser Bewegung die Dessauer Gasaktien, die von 111,75 auf 105,5% zurückgingen.

Die Rekordverluste hatten aber wiederum die Kaliaktien aufzuweisen, was nicht zuletzt auf ihren relativ noch recht hohen Stand im Gesamtniveau zurückzuführen sein dürfte. Salzdethfurth behielten dabei weiter die Führung mit einem Kursabschlag von 235 auf bis 214,5%. Westeregeln mussten von 154 auf 141% und Kali Aschersleben von 152,25 auf 140,00% nachgeben.

Dem Montanmarkt konnten die optimistischen Ausführungen Peter Klöckners in keiner Weise helfen. Ueberall sind neue Kursverluste eingetreten, die Rheinische Braunkohle um fast 8 Punkte, Hoesch, Köln-Neuessen und Harpener um etwa 6 Punkte herabdrückten. Am schwächsten aber lagen wiederum Ilseaktien, die von 170 auf 156% zurückgingen.

Gewohnheitsmässig lagen dann auch wieder die Kunstseidenpapiere schwach, zumal die jüngsten Meldungen über diese Industrie keine Zeichen von Besserung erkennen lassen.

Terminpreise gedrückt.

(Berliner Getreidebörse vom 12. Dezember.)

SPD. Die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse waren am Freitag merklich niedriger. In effektiver Ware war das Angebot in Weizen zwar ziemlich reichlich, jedoch keineswegs dringend gehalten. Die Preise mussten aber um etwa 1 Mark weichen, da trotz guter Nachfrage seitens der Mühlen auch aus Westdeutschland die Preise des Vortages nicht mehr erzielbar waren, da über den mangelnden Mehlabatz lebhaft geklagt wird. Spärlich blieb das Angebot in Roggen. Dieser erzielte auch die letzten Preise, da Mühlen und Händler gleich rege Kauflust zeigten. Die Abschwächung am Markte der Zeitgeschäfte übte auf den Handel mit prompter Ware keinen Einfluss aus. Mehl hatte, wie schon erwähnt, weiter recht knappe Tendenz. In Weizenmehl konnten nur kleine Umsätze in Auszugsmehl für das bevorstehende Weihnachtsgeschäft getätigt werden. Roggenmehl wurde nur in allerbilligsten Sorten umgesetzt. Hafer hatte stetige Tendenz, wobei das Angebot nicht gross war.

	11. Dezember	12. Dezember
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	242 - 243	241 - 243
Roggen	156 - 158	156 - 158
Braugerste	202 - 220	202 - 219
Futter- und Industrierogerste	190 - 194	190 - 194
Hafer	139 - 144	139 - 144
Weizenmehl	29,00-36,75	29,00-36,75
Roggenmehl	24,00-27,00	23,75-27,00
Weizenkleie	10,15-10,40	10,15-10,40
Roggenkleie	9,00- 9,50	9,00- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 257 (Vortag: 259), März 268-268 $\frac{1}{2}$  (269), Mai 278 plus Geld (279 $\frac{1}{2}$ ), Roggen Dezember 177-176-176  $\frac{3}{4}$  (178 $\frac{1}{2}$ ), März 185 $\frac{1}{2}$ -184 $\frac{1}{2}$  (186 $\frac{1}{2}$ ), Mai 191  $\frac{1}{4}$ -190 $\frac{1}{2}$  (192 $\frac{1}{2}$ ). Hafer Dezember 156 $\frac{1}{2}$ -155 (157), März 165 $\frac{1}{2}$  (167  $\frac{1}{4}$ ), Mai 176  $\frac{1}{4}$  (178).

Berliner Viehmarkt.

(12. Dezember)

SPD. Den nicht ausreichenden Auftrieb auf dem Schweinemarkt benutzten die Verkäufer, um die Verluste auf dem letzten Markt einzuholen. Bei immerhin lebhaftem Geschäft konnten auch die Preise um etwa 1 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht gesteigert werden. Glattes Geschäft gab es auch auf dem Hammelmarkt. Im grossen und ganzen konnten die letzten Notierungen behauptet werden. Auf dem Rinder- und auf dem Kälbermarkt genügte der Auftrieb.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:  
 Kühe: a) 40-46 (voriger Markt 40-44), b) 30-37 (30-37), c) 25-28 (25-29), d) 20-24 (20-24), Kälber: a) - (-), b) 68-76 (68-78), c) 60-66 (60-70), d) 40-55 (40-55), Schweine: a) (über 300 Pfd.) 60-61 (59), b) (240-300 Pfd.) 59-60 (58-60), c) (200-240 Pfd.) 58-60 (57-60), d) (160-200 Pfd.) 56-58 (55-57), e) (120-160 Pfd.) 54-55 (52-54), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Bauen) 52-53 (52).

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 12. Dezember 1930

Ein Wiedersehen.<sup>x</sup>

Von Ernst Teusan.

SPD. Vor einem der Bücherkästen, die den Seinequais in der Gegend von Notre Dame und dem Studentenviertel jenes charakteristische Aussehen verleihen, blieb an einem sonnigen Spätjahrstag ein alter Mann stehen. Seinen nicht mehr besonders scharfen Augen war ein Band unter hunderten nicht entgangen - nämlich sein Buch. Mit abschätzenden Blicken musterte der Antiquar, der vor seinen Kästen auf und abging, den merkwürdigen Kunden, dessen Aufmachung beredtes Zeugnis davon ablegte, dass er oftmals unter den Brücken nächtigte, also ein "Clôchard" war, wie man in Paris die Obdachlosen zu bezeichnen pflegt. Der Alte hielt ein Bändchen in den zittrigen Händen, das die Träume seiner Jugend barg - ja - "Frühlingsträume", Gedichte von André Eméry, 1890. So las er sinnend und fühlte sich in die Zeit zurückversetzt, da er ein glücklicher Fünfundzwanziger voller Hoffnungen gewesen war. Ort und Zeit vergessend spann er sich in jene Erinnerungen ein. Gern hätte er in dem Büchlein geblättert, um sich Verse ins Gedächtnis zurückzurufen, die er schon vergessen hatte. Er selbst besass schon lange kein Exemplar mehr - das letzte war mal irgendwo in der Fremde bei einem Wirte geblieben, den er nicht hatte bezahlen können, und dem er seine Koffer hinterlassen hatte. Der Antiquar hatte das Bändchen mit einem durchsichtigen Schmutzumschlag versehen, wie man das der Schonung halber bei wertvolleren Büchern zu tun pflegt. Gern hätte der Alte es gekauft. Er besass aber nicht fünf Francs - und - die Gedichtsammlung war mit fünfzig Francs ausgezeichnet.

"Wie kommt es denn, dass das Buch so teuer ist? Der Autor zählt doch nicht gerade zu den bekanntesten..." wandte er sich an den inzwischen näher getretenen Händler.

"Das nicht", meinte dieser. "Der Verfasser war wohl nicht ohne Talent, ist aber fast vergessen. Ich kannte ihn persönlich. Als junger Mann ging er ins Ausland. Verschollen! - Aber", fuhr er nach einer kleinen Pause fort und streifte den Schutzleinband ab, "sehen Sie hier diese Widmung... damit hat es eine eigene Bewandnis."

Der Alte las seine Schriftzüge von ehemals: "Meiner lieben Germaine Nicotier, dem schönsten Traume meiner Jugend, André Eméry, 10. Juni 1890!" Dabei sah er sich an seinem Schreibtisch in jenem Vorstadthäuschen sitzen - dort hatte er mit seiner Freundin gewohnt. Ihm war's, als spürte er ihre Nähe wie damals, wenn sie sich über seine Schulter beugte...

"Sie ist wohl eine bekannte Künstlerin geworden?" fragte er den Antiquar.

"Ja - gewiss - und, wie ich Ihnen schon vorhin sagte, kannte ich den jungen Mann, der damals, als ich Angestellter in der grossen Buchhandlung am Boulevard St. Michel war, so oft bei mir kaufte und mit mir plauderte. Ein guter Junge - wirklich - auch ziemlich vermögend. Aber die hübsche Germaine verstand es, sein Geld zu verjubeln, sodass er obendrein noch Schulden machen musste. Schliesslich ging er ins Ausland, um dort sein Heil zu versuchen. Das Mädchen fand andere Liebhaber, kam zur Bühne und machte sich einen Namen."

"Und heute beschliesst sie wohl ihre Tage in einem Winkel ihrer geliebten Bretagne...?"

"Wie Sie das alles so erraten", staunte der andere.

"Ja - Monsieur Pierre...."



"Wie? Sie kennen meinen Vornamen - so nannte man mich, als ich Kommissar war!"

"Ja - und ich bin André Eméry und hatte auf der Wanderschaft in die Welt nicht mehr Glück als in der Liebe - aber ich bedaure nichts - gar nichts..."

"Monsieur Eméry", sagte der Antiquar gerührt, "nehmen Sie, bitte, Ihr Buch! Ich schenke es Ihnen."

Der alte Vagabund aber schüttelte den Kopf. "Es ist die Bestimmung eines Buches, zu wandern...möge es in andere Hände übergehen wie - wie Germaine..."  
Damit wankte er davon...

### ----- Das Weihnachtspaket auf Reisen.X -----

SPD. Das nahende Weihnachtsfest wirft seine Schatten voraus. Wie es viele Menschen mit Einkaufen und Schenken glücklich macht, so freuen sich andere, wenn ihnen ein Weihnachtsgeschenk in Form von Arbeit und Verdienst in den Schoß fällt. Besonders bei der Post ist Hochbetrieb. Die Paketbeförderung nimmt einen Umfang an, von dem man sich kaum einen Begriff machen kann. 12.000 volle Arbeitstage legte die Berliner Paketpost beim vorigen Weihnachtsfest als Aus-  
helfstage ein. Dazu kamen noch 125.000 Arbeitsstunden für nicht vollbeschäftigte Helfer.

Das grosse Durchgangs-Paketpostamt in der Luckenwalderstrasse, das den westlichen Fern- und Nahverkehr aufnimmt, gibt ein grandioses Bild von dem weihnachtlichen Hochbetriebe. Wie fleissige Bienen am Stock umschwirren die gelben Postautos das Amt. Auf den Riesenhöfen ist ein gefährliches Durcheinander von allerlei Wagen und Transportmitteln, auch Strassenbahnwaggons und Lokomobilen. Den Hauptanteil aber liefern die Bahnpostwagen, die auf Gleisen mit Vorspannlokomotiven gleich in die Hallen zu ebener Erde in das erste Stockwerk gezogen werden. Täglich werden 33 Hauptwagen, 9 Beiwagen und 40 Sackwagen (plombierte Güterwagen) abgefertigt. 7 Bahngleise stehen für die abgehenden Wagen zur Verfügung, und ein eigenes Stellwerk regelt die Einfahrt auf dem Riesenterrain der Bahngleise vor den Hallen.

Auch sonst trifft der Vergleich des Paketpostamts mit einem Bienenstock das Richtige. Die langgestreckten Hallen sind mit offenen Luken versehen, und an jeder Luke hängt ein Wagen wie die Biene an der Wabe. Ohne Unterbrechung vollzieht sich durch fleissige Hände das Aus- und Einladen. Bei den ankommenden Autos stehen die Sortierer in der offenen Lukenöffnung und zeichnen hier bereits jedes Paket mit einer Nummer, die seiner künftigen Bestimmungsfahrt entspricht. Ein Teil der in Berlin erzeugten Güter findet durch die Paketpost ihren Weg zu den Kunden. Um die Abwicklung zu vereinfachen, werden bei 156 grossen Lieferfirmen die Pakete direkt mit den Postwagen abgeholt; auch im Verlagsgebäude des "Vorwärts" rückt täglich der Postwagen auf den Hof.

In den Innensälen wirkt die laute Geschäftigkeit fast beängstigend; ohne fachmännische Führung wäre der Besucher rettungslos verloren. Durch hunderte von Händen wandern die einzelnen Pakete. Tüchtige, besonders vorgebildete Beamte stehen an langen Tischen und versehen blitzschnell jedes Paket, das ihnen zugeschoben wird, mit einer Nummer. Ist es auch vorläufig nur eine Grobsortierung, so kennt doch jeder dieser Beamten jede selbständige Poststation des Verteilungsbereichs, dem dieses Postamt dient. Ob nun die Pakete auf der Strecke Berlin=Dresden oder Berlin=Eisenach=Frankfurt/Main=Basel oder auf anderen Hauptstrecken gehen - der postalische Ausdruck dafür lautet "Leitgebiet" -, es bleibt eine ausserordentliche Gedächtnisleistung und kolossale Willensanspannung, sich stundenlang für diesen Dienst zu konzentrieren.

Die Sortierung selbst vollzieht sich nach dem Muster einer kaufmännischen Registratur, nur ins Vielhundertfache vergrössert und beweglich, denn es handelt sich ja nicht um abzulegende Briefe, sondern um Pakete, die schnellstens weiter

sollen. Die Hallen sind gestopft voll kleiner rollender Karren, die beladen oder entladen immer wieder nach ihrem Standorte zurückkehren. Die vom Sortierer ausgezeichneten Pakete wandern auf die Karren, und jede Nummer bedeutet einen Namen des Bestimmungsortes. Das Durcheinanderschwirren der kleinen Wagen, das Verarbeiten ganzer Berge von Paketmaterial und wiederum das Anhäufen in bestimmte Bahnwaggons oder in die vor den Luken wartenden Postautos vermittelt einen überwältigenden Eindruck menschlicher Erfindungsgabe. In diesem Umschlaghafen der Post ruhen die Pakete nur kurze Zeit und sind wohl schon in der gleichen Stunde mit richtigem Ziel wieder unterwegs. Jeden Tag und jede Nacht wird der Maseneinlauf res. los aufgearbeitet, wobei auch noch die Zugpläne der verschiedenen fahrenden Bahnen berücksichtigt werden müssen. Verspätet einlaufende Eilpakete werden noch im letzten Moment mit schnellen Autos vor der Abfahrt zum Zuge gebracht.

Im vorjährigen Weihnachtsverkehr wurden 119.000 Pakete und Päckchen an einem einzigen Tage - dem 23. Dezember - allein im inneren Bezirk Berlins den Empfängern zugestellt, die Aussenbezirke nicht mit eingerechnet. 392 Kraftfahrzeuge waren ständig unterwegs. Die Auflieferung erreichte in der Weihnachtswoche die Zahl von  $1\frac{1}{2}$  Millionen Paketen;  $\frac{5}{4}$  Millionen Pakete passierten Berlin im Durchgangsverkehr, d. h. sie mussten von einem Fernbahnhof zum anderen transportiert werden und wurden hier teilweise sortiert. Zur Bewältigung dieser Arbeit bedient man sich zum Teil schon des laufenden Bandes, so bei der Verteilung auf die Berliner Vororte. Am Anfang des Bandes stehen einige Sortierbeamte, die die Pakete mit Nummern beschriften. Helfer links und rechts am Bande packen die Pakete auf die Karren, die sie nach den an den Eingängen wartenden Postautos bringen. Hier erfahren die Pakete nochmals eine Lagerung nach den Strassenzügen. In einem Paketlazarett werden mangelhaft verpackte Pakete geflickt oder gänzlich umgepackt, damit ihnen auf ihrer ferneren Reise kein Unglück widerfährt; täglich sind es etwa 300 Invaliden, die gesund das Lazarett wieder verlassen. Ein Rädchen greift ins andere, und der Riesenmechanismus läuft ohne Stockung. So viel jedenfalls hat man bei allem Respekt vor der Tüchtigkeit unsrer Post erfahren: dass der Dienst der Paketpostbeamten alles andere als leicht und angenehm ist.

Friedrich Natteroth.

### Käpt'n Heinemanns Weihnacht.\*

SPD. Recht unweihnachtlich sah der Torweg Nummer neunundzwanzig aus. Wie immer rieselte in kleinen Rinnsalen schmutziges Abwasser über sein holpriges Pflaster. Wie immer quollen Dampfvolken langsam aus seiner Tiefe hervor. Grau und glitschig war der Hof, zu dem der Torweg führte.

Dunkelgekleidete Menschen mit fahlen, scheuen Blicken kamen und gingen, verfallene Gestalten, denen man die Lebensmüdigkeit ansehen konnte. Alle trugen irgendein Essgeschirr, offen oder in ein Tuch gehüllt. Eine Küche für die Aermsten war auf dem Hof Nummer neunundzwanzig. Während überall sonst das Geheimnisvolle der Weihnacht umging, schob sich hier die Reihe der alten Leute langsam, leidenschaftslos vorwärts.

In der achten Reihe stand Käpt'n Heinemann, in der siebenten Justus Heinemann sein Bruder. Unverkennbar war an Beiden, dass sie einem Hause entstammten, in dem auf gute Umgangsformen gesehen wurde. Gross waren sie von Gestalt, und noch in ihrer dürftigen Kleidung lag etwas, das die Umgebung zur Zurückhaltung zwang. Der Lebensweg der Brüder Heinemann war wie zwei Halbkreise, die sich gerade hier in diesem Hofe schlossen. Käpt'n Heinemann war über Malaria, Chinin und Alkohol hierher gekommen, während Justus, der Kaufmann, nach etlichen Fehlschlägen den

Mut und schliesslich die Kraft zum Schaffen verloren hatte.

Das Stadtviertel war ihre Heimat. Ohne voneinander zu wissen, wohnten sie schon jahrelang dort. Als sie sich auf dem Hofe Nummer neunundzwanzig zum ersten Male sahen, mussten sie sich überlegen, ob sie sich ansprechen sollten; - so fremd waren sie sich geworden. Aber sie hatten doch miteinander gesprochen; wenig nut, denn von Erfolgen gab es nichts zu reden. Darauf richteten es Beide für sich so ein, dass sie sich möglichst selten trafen.

Am 24. Dezember fügte es sich, dass beide zugleich im Hofe nach Essen anstanden. Schritt um Schritt schoben sich die Reihen vor. Jeder hatte seine Not, und da man nichts erlebte, hatte man sich nichts zu sagen. Nur hier und dort kam irgendein gleichgültiges Wort zum Vorschein.

Lange nachdem sich die Heinemanns begrüsst hatten, stiess der Käpt'n seiner Bruder an. "Du, Just!"

Justus drehte sich um, als sei ihm der Bruder fremd.

"Heut' ist denn ja wohl wieder Weihnachten"-.

"Ja."

"Ich mein' - willst du nicht heut' abend mal zu mir kommen?" Der Käpt'n machte eine Pause. Er hatte das Gefühl, zu viel gesagt zu haben. Aber nun war es einmal heraus. "Ich bekomme von meiner Wirtin ein paar Kuchen, die..." - Käpt Heinemann musste wegsehen. Kindisch glaubte er zu sein.

"Lass man, Alter; es ist so ganz gut. Wir sehen uns, und..." Just brach auch ab, drehte seinem Bruder den Rücken zu. Die Reihe war vor dem Schalter. Justus bekam sein Essen, nickte dem Käpt'n zu und ging.

Käpt'n Heinemanns zitterige Hand war ungeschickter als sonst. Zu früh zog er seinen Napf fort. Die dicke Küchenfrau schalt hinter ihm her.

Lange löffelte der Käpt'n an seiner Suppe. Als es dunkel wurde, vergass er, Licht zu machen. Aus einem fernen Fenster kam Lichterglanz. Glockentöne rollten über die Dächer. Käpt'n Heinemann war in Gedanken bei seinem Bruder. Just, der arme Kerl! Diese Worte kamen ihm immer wieder. Als es ganz dunkel war, zog er seinen Mantel an und ging fort. Leicht und festfroh waren seine Schritte. In den nächsten Zigarrenladen trat er ein und forderte zwei Zigarren. Grosse und dunkle sollten es sein, wie Just sie früher gern geraucht hatte.

Bei Justus vor der Tür bekam der alte Kapitän Herzklopfen. Nur die zwei Zigarren? Nein, er wollte doch lieber umkehren. Aber die Tür wurde schon geöffnet. "Herr Heinemann ist weggegangen", sagte eine ältere Frau, der man die Einsamkeit ansehen konnte.

"So?" Die Zigarrentüte knisterte in der zitterigen Hand des Käpt'ns. "Hier, legen Sie das in seine Stube; es ist ja nicht viel, aber..."

"Wollen Sie nicht warten? Er muss bald zurückkommen. - Sie sind wohl der Bruder, nicht?"

Käpt'n Heinemann wollte doch lieber wieder gehen. Vielleicht hätte Just ihn auch ausgelacht. Nein, es war wirklich gut, dass er ihn nicht angetroffen hatte.

Wie still lagen die Strassen! Festlich hell waren alle Fenster. Hinter den Vorhängen flackerte Kerzenschein. Käpt'n Heinemann spürte in dieser Stunde nichts von seiner Einsamkeit. Weihnachten war; er fühlte es wie vor langen, langen Jahren, als die Mutter noch lebte.

Nach einer Stunde war er wieder zu Hause. Seine Wirtin brachte ihm eine Tasse Kaffee und ein paar Kuchen. Und als der Käpt'n am Schmausen war, legte sie ihm ein Päckchen Tabak auf den Tisch. Das hätte ein alter Herr abgegeben, der wohl sein Bruder gewesen sein könnte, von dem er ja zuweilen gesprochen hatte.

Käpt'n Heinemann sah das Päckchen an, als sei es ein wertvolles, lange gewünschtes Geschenk. Dann drehte er sein altes, müdes Gesicht nach dem Fenster.

Paul Behlau.

## Weihnachtsglaube.<sup>x</sup>

SPD. Uralt ist das Fest der Weihnacht in nordischen Landen. Mitten in Eis und Schnee, mitten in grimmiger Winterkälte wurde die heidnische Weihnacht begangen. Die Germanen feierten das Fest in ihrer Weise. Von den Altären rauchte das Opferblut, und weisshaarige Priester warfen die Runen auf blankreines Linnen, um daraus die Zukunft zu deuten. Mächtige Feuer flammten von den Bergen auf und lohten durch die Jul- oder Jubelnacht. Aber im Morgengrauen sammelten sich die Mannen, und keulenschwingende Arme reckten sich der unbesiegbaren Sonne entgegen. Gebrüll und Jauchzen erfüllte die Luft, und in den Urwäldern sang der Sturm die Melodie dazu. Das war die "wihe naht" der Alten, - ein Naturfest als das starke Sinnbild für den unverwüstlichen Glauben an die Kraft der Sonne: "Sie wecket doch mit ihrem Licht einmal die Welt zur Wonne!"

Als das Christentum in die Lande zog, erhielt Weihnachten einen neuen Sinn. Aus dem Sonnenwendfeste der Natur wurde ein Fest des Lebens, ein Fest, bei dem der Mensch nicht so sehr an die Sonne, an die Veränderungen in der Natur, als vielmehr an die Neugeburt des menschlichen Lebens dachte. Im Mittelpunkt der christlichen Weihnacht steht der Mensch und seine göttliche Verklärung. Was die Sonne für die Welt ist, soll der Christumensch als Erlöser für das Leben der Menschheit sein. Wie die Sonne mit Nebel und Nacht, mit Kälte und Winterzeit zu kämpfen hat, kurz: mit den Dämonen der Natur, die alle Segnungen des Lichts zuschanden machen, so ist auch der Kampf mit den Dämonen ein gewaltiger, die das Menschenleben knechten und zerreißen: Hass und Leidenschaft, Unrecht und Ausbeutung, Hunger und Armut, Ruhmsucht und Raffgier, Krieg und Mord, Jammer und Pein, Torheit und Aberglauben, Stumpfsinn und Gedankenlosigkeit. So gewaltig gehen diese Mächte auf Erden um, erheben sich immer aufs neue, dass man schier verzweifeln möchte am Fortschritt der Menschheit. In der Weihnachtsmystik aber ringt sich immer wieder der unverwüstliche Glaube los an den Sieg des Lebens, an den Durchbruch des Guten durch alle Hemmungen und Hindernisse, durch alle Irrungen und Wirrungen, durch alle Finsternisse der Welt. Dieser Glaube gehört zum Menschsein und macht uns zu dem Geschlecht, das, wie Goethe meint, immerwährend "aus dem Dunklen in das Helle strebt."

Sozialistische Weihnacht ist solcher Glaube, der in die Zukunft weist. Der Weg, den das arbeitende Volk gegangen ist, war hart und bitter genug. Ueber ihm leuchteten keine frohen Sterne. Das arbeitende Volk der Welt kann darum nimmermehr um die Vergangenheit trauern. Sein Heil liegt in der Zukunft beschlossen. Wir sehnen uns nicht zurück nach dem, was gewesen ist, aber wir können auch nicht bei dem stehen bleiben, was gegenwärtig ist. Grau und dunkel verhangen, voller Sorge; voller Not, voller Arbeitslosigkeit ist der Himmel der Gegenwart. Nein, wir strecken uns vorwärts und recken uns dem Kommenden entgegen. Dort in der Zukunft brennen die blauen Feuer, in deren Schein sich neue Welten malen. Mag Weihnachten heute für die Einen ein gutes Geschäft sein, für die Anderen ein buntes Vergnügen bedeuten, für die Dritten ein stimmungsvoller Rausch voller Flittergold und Kerzenschein, für die Vierten ein frommes, wehmütiges: "Es war einmal!" - für uns Sozialisten ist es der Glaube an eine bessere, lichtere Zukunft der Menschheit, ein Glaube, der aus innersten seelischen Tiefen nach Erfüllung, nach Tat und Leben ruft.

In die wundervolle Geschichte vom Christkind ist die Weihnachtsmystik, ist unser Weihnachtsglaube eingebettet. Seht, über ein kleines, schwaches Kind beugt sich im Geiste voller Andacht die Menschheit! Von ihm soll die Erneuerung kommen. Was soll das anders heissen, als dass die Kräfte der Erlösung aus der Menschheit geboren werden, aus dem heiligen Lebensstrom, der in uns selber rauscht! Keiner soll warten und die Hände in den Schoss legen, bis das Paradies vom Himmel fällt und die gebratenen Tauben ihm in den Mund fliegen. Sondern arbeiten und bauen, wirken und werken wollen wir, an uns selber und an den kommenden Generationen. Das ist der Dienst am Leben, zu dem uns das festliche Stillhalten die

ser Tage von neuem aufruft. Lukas erzählt, dass die Himmel erklangen, als Christus geboren wurde. Unsre Hoffnung ist, dass dieses Klingen die Erde ergreifen wird und einmal im Kreislauf der Zeiten zur Wahrheit wird, was das Evangelium der Weihnacht verheisst: "Ehre dem Göttlichen, Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen!"

Pfarrer Lic. Dr. Paul Piechowski.

---

Frau Wewerkas Weihnachtswunsch.<sup>x</sup>

---

SPD. Obwohl es der Hausverwalterin der alten Mietskaserne in der Maroltingerstrasse gewiss auch nicht bekannt war, ob es ein ewiges Leben gibt, und wie es dort zugeht, war ihrer stets wiederholten Behauptung, dass es in dem ihrer Aufsicht anvertrauten Hause "wie im ewigen Leben" zugehe, doch einige Berechtigung nicht abzuspochen. Da gab es zum Beispiel den Lautsprecher des Herrn Postoberoffizials Swoboda im Parterre, zugleich Stolz und Zankapfel des Hauses, dessen Darbietungen nicht einmal die Kinderschar von Tür Nummer 7, zu der in jedem Jahre ein neues stimmkräftiges Mitglied stiess, geschweige denn der an jedem Freitag nach der Lohnauszahlung mit stets erneuter Leidenschaft aus der Wohnung des Hilfsarbeiters Maringer erschallende eheliche Zwist zu übertönen vermochte. Aber so einzigartig, wie es sich die Frau Hausverwalterin einbilden mochte, war das "ewige Leben" in dem baufälligen dreistöckigen Hause in der Maroltingerstrasse denn doch nicht; seine Geräusche waren die gleichen wie in vielen hunderten anderen Wiener Mietskasernen und wahrscheinlich in vielen hunderttausenden Proletarierhäusern der Grosstädte der ganzen Welt!

Der grauhaarige, immer wie unter einer unsichtbaren Last gebückte Geschäftsdienstler Johann Wewerka vom dritten Stock war sicherlich der ruhigste Mieter des Hauses. Weder noch seine bald sechzigjährige Frau noch sein Kanarienvogel Hansi trugen wesentlich zum "ewigen Leben" bei, und man hätte von ihrer friedvollen Existenz im Hause wenig gewusst, wäre Wewerka nicht doch gezwungen gewesen, einen charakteristischen Beitrag zur Symphonie der Geräusche beizusteuern - seinen nimmermüden, bald kurzatmig ächzenden, bald langgezogen stöhnenden Husten. "Aha", dachten sich die Nachbarn, wenn sie das seit Jahren gewohnte Geräusch durch die dünnen Wände hörten, "jetzt ist's aus mit dem schönen Wetter, wenn der Wewerka zu husten anfängt", oder: "Der wird noch neunzig Jahr' alt mit sein'm ewigen Husten!"

Und wirklich schien sich der alte Geschäftsdienstler durch seinen Husten nicht im geringsten beirren zu lassen. Tagtäglich um halb sieben Uhr morgens verliess er das Haus; um dreiviertel sieben Uhr waren die Rollbalken der Firma Nussbaumer & Co. aufgezogen; um halb acht war das Geschäft blitzblank ausgefegt, und zu jeder Tagesstunde konnte man den Wewerka entweder mit einer schwarzen Tasche auf Inkassowegen oder, ein grün eingewickeltes Paket auf dem alterskrummen Rücken, eine Lieferung ausführen sehen.

Ja, wenn er nur die Schachteln und Pakete der Firma Nussbaumer & Co. hätte tragen müssen... Aber ein noch viel schwereres Bündel, ein Sorgenbündel war ihm trotz seiner einundsechzig Jahre aufgebürdet. Seine Tochter und sein Schwiegersohn waren seit Jahren arbeitslos und ausgesteuert. Man konnte sie doch nicht verrocken lassen. Ueberhaupt, wenn man Grossvater eines entzückenden fünfjährigen Buben mit strahlend grossen schwarzen Augen, einem rührend bittenden Stimmchen und unersättlichem Appetit ist... So kommt es, dass man mit einundsechzig Jahren vervierfache und - wenn man die Geschäftspakete der Firma Nussbaumer & Co. auch noch hinzu rechnet - verfünffachte Last auf seinem Rücken tragen muss. Kann man da noch viel auf seinen Husten achten? Man stapft einen langen, grauen Arbeitstag lang durch Kot und Schnee und sinkt dann todmüde in das alte, mächtige wurmstichige Bett, in das, wenn das Geschirr gewaschen ist, die

Gattin nachfolgt. Ja, Herr und Frau Wewerka hatten nur ein Bett. Tante Rosa= lie hatte es ihnen einstens zur Hochzeit geschenkt, und der längst brennholz= reife Kasten hatte dennoch, oftmals auseinanderbrechend und wieder zusammenge= leimt, bis heute seinen Dienst getan. Als ihre Tochter, die Mizzi, vor sieben Jahren heiratete, da hatten sie ihr aus den Ersparnissen vieler Jahre zwei fun= keinagelneue, goldglänzende Messingbetten gekauft. Das eine davon war inzwi= schen längst ins Versatzamt gewandert; das andere hatte auch schon lange sei= hen Glanz verloren. Aber die beiden Betten waren eine unauslöschliche Erinne= rung im armen Leben der Frau Wewerka.

Daran musste der alte Geschäftsdienner Johann Wewerka denn doch denken, als bei der Firma Nussbaumer & Co, die Weihnachtsauslagen arrangiert wurden. Jedes Jahr, wenn Weihnachten nahte, überzählte er seine aus spärlichen Trink= geldern zusammengekratzten Ersparnisse. Diesmal reichte es! Der grosse Wunsch seiner Frau sollte endlich Wirklichkeit werden. Einmal war es ein Landaufent= halt seines Enkels, einmal - nach zehn Jahren wieder - ein Winterrock, einmal langandauernde Krankheit seiner Tochter gewesen, vor denen das Bett hatte zurück= stehen müssen. Aber diesmal gab es keine Rücksichten. Wenn man erst die sech= zig überschritten hat, darf man doch wohl beanspruchen, in einem eigenen Bette zu schlafen!

In einer Einzimmerwohnung im dritten Stockwerk einer Mietskaserne in der Maroltingerstrasse können Eheleute keine Geheimnisse voreinander haben. Drei Sonntage empfingen festlichen Glanz durch Spaziergänge, die das Ehepaar Wewerka vor eine Auslage führten, in der das Messingbett der Träume der Frau Wewerka - "Himmelbett" nannte es sich - in selbstbewusstem Glanze prangte. Und zehn Tage vor Weihnachten vollzog das Messingbett seine Wanderung aus der hell er= leuchteten Auslage in den dritten Stock der Mietskaserne in der Maroltinger= strasse. Frau Wewerka hätte es jedoch als Sündhaftigkeit empfunden, wenn sie schon vor dem Weihnachtsabend den Traum zum Alltage gewandelt und das "Himmel= bett" in Benützung genommen hätte.

Aber soll man Pläne schmieden? Zwei Tage später legte sich der Geschäfts= diener Johann Wewerka noch zeitiger als sonst zu Bett. Er hustete nur schwach, aber seine Frau stellte fest, dass er fieberte. Ein sehr seltener Gast, der Arzt, stättete am nächsten Tage seinen Besuch bei den Eheleuten Wewerka ab und kam schon am Nachmittage wieder. In den wirren Fieberphantasien des Patienten kehrte stets von neuem das Wort "Weihnachtsgeschäft" wieder. Durfte er die Firma Nussbaumer & Co. acht Tage vor Weihnachten in solche Verlegenheit brin= gen? Jetzt, wo niemand Zeit hatte, den Praktikanten anzulernen...

Aber eine doppelseitige Lungenentzündung ist stärker als alle Bedenken, und Sorgen. Sie ist sogar so stark, dass Frau Wewerka sich veranlasst sah, das Messingbett aufzustellen, damit es den müden Gliedern des Mannes eine Ruhestatt gewähre. Darauf schien der Geschäftsdienner Johann Wewerka nur gewartet zu ha= ben. Denn als Frau Wewerka von einem Sprunge zum Fleischhauer in die Wohnung zurückkehrte, fand sie ihren Mann stolz lächelnd, in die Kossen des Himmels= betts versunken, liegen. Es war aber gar kein Lächeln des Stolzes: denn der ei= lig herbeigeholte Arzt stellte fest, dass Johann Wewerka gestorben war.

Die Nachbarn begannen ein langgewohntes Geräusch zu vermissen. Johann We= werka trug nicht mehr zum "ewigen Leben" des Hauses bei. Sein Husten war ver= stummt. Gläubige Hausbewohner meinten, dass er nun in ein anderes ewiges Leben eingegangen sei. So sagte es wenigstens der Pfarrer.

Frau Wewerka verbrachte die Christnacht nicht im Himmelbett. Sie hatte bereits Erkundigungen darüber eingezogen, wie man es am besten verkaufen könnte. Denn sie wollte die Wohnung in der Maroltingerstrasse aufgeben und zu ihrer Tochter ziehen. Irgendwie würde man seine alten Tage schon weiterfristen....

So erfüllte sich der grösste Wunsch im armen Leben der Frau Wewerka.

Leo Korten.



## Der verbotene Kriegsfilm.

SPD. Der Film "Im Westen nichts Neues" war nicht der erste Kriegsfilm mit pazifistischer Tendenz, der uns in Berlin gezeigt wurde. Wir haben nacheinander die amerikanischen Werke: "Rivalen", "Die grosse Parade" und "Stacheldraht" gesehen und erst vor einem halben Jahre den deutschen Tonfilm "Westfront 1918". In dem amerikanischen Film, der nach Remarque's weltbekanntem Roman gedreht worden ist, wird nur gezeigt, wie junge Menschen, von einem für das "Stahlbad" begeisterten Schulmeister aufgestachelt, sich freiwillig zum Kriegsdienst melden und dann, während der Ausbildungszeit im Kasernenhof, an der Front und im Schützengraben alle Illusionen einbüßen und alle Heldenideale schwinden sehen. Verdreckt, verlaust, vertiert, verstümmelt, wenn nicht gar erschossen: das ist ihr Kriegserlebnis. Nicht ein spezifisch deutsches, sondern das Kriegserlebnis schlechthin. Den amerikanischen Soldaten, den englischen, den französischen, die in den früheren Filmen vorgeführt wurden, war es nicht anders ergangen. Alle ehemaligen Kriegsteilnehmer sind sich darin einig, dass es so, genau so und nicht anders, von 1914 bis 1918 zugegangen ist.

Wenn sich trotzdem ein Sturm der Entrüstung erheben konnte und die Länder Sachsen, Braunschweig, Thüringen, Bayern und Württemberg sich dafür ausgesprochen hatten, dass dieser Film von der Oberprüfstelle verboten würde, so ist diese auffallende Aktion lediglich auf den politischen Umschwung zurückzuführen, den wir seit der Aufführung der "Westfront 1918" erlebt haben. Am auffallendsten dabei ist die Tatsache, dass Geheimrat Hugenberg den ganzen Rummel gegen den angeblich "deutschfeindlichen Hetzfilm" aufgezogen und sogar Hindenburg für das Verbot mobil zu machen versucht hat. Er scheint ganz vergessen zu haben, dass er ja selber "Stacheldraht" und "Die grosse Parade" seinerzeit in Deutschland herausgebracht hat, und dass auch der "Napoleon"-Film, den eine französische Gesellschaft zur Verherrlichung des französischen Nationalismus hergestellt hatte, in seinem "Ufa"-Verleih erschienen ist. Natürlich hat er auch seine Presse dazu benutzt, diese alles eher als deutsche Kriegsbegeisterung weckenden Filme in den Himmel zu heben. Aber Hugenberg versteht es eben, als Politiker und gerissener Geschäftsmann die Konjunktur auszunutzen. Er schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: Er drückt die Konkurrenz an die Wand - die "Terra"- und macht sich gleichzeitig bei den Hakenkreuzlern lieb Kind.

Die Regie des Berliner "Entrüstungssturms" hat allerdings nicht Hugenberg übernommen, sondern Goebbels. Dieser Propagandachef Hitlers, der besonders stolz ist auf seine "Kulturabteilung", begann damit, dass er, umgeben von einigen "immunen" Nazi-Abgeordneten, am zweiten Tage der Aufführung mit Stinkbomben und weissen Mäusen das Publikum aus dem Theater vertrieb. Ermutigt durch diesen "Erfolg", randalierte er an fünf aufeinander folgenden Abenden mit den Seinen auf dem Nollendorfplatz, auf dem Wittenbergplatz und in den anliegenden westlichen Stadtteilen. Nach seinen Berichten im "Angriff" war es "ein ganz spontan einsetzender elementarer Sturm der Empörung". Sein Freund Rosenberg behauptet im "Völkischen Beobachter" sogar: "Es versuchten anwesende Marxisten, über die Nationalsozialisten herzufallen, sodass eine Schlägerei entstand, in deren Verlauf Stinkbomben geworfen und plötzlich weisse Mäuse von verschiedenen Seiten ausgesetzt wurden". - Goebbels selber weiss von diesen "jüdischen" Angriffen nichts, trotzdem er doch den Skandal im "Mozartsaal" geleitet hat. Er verrät auch mit keinem Sterbenswörtchen, dass er seine Rotten zu den Gewalttaten kommandiert hat, was wiederum Rosenberg zugibt. Dafür findet man im "Angriff" (Nummer 112) folgende geschmackvolle Schilderung, die den Geist der "Kulturabteilung der NSDAP" vorzüglich charakterisiert: "Letzte Faustkämpfe im Parkett. Da wallt pestilenzartiger Gestank auf. Ein Schrei, und in die starre Ruhe dröhnt ein sonorer Männerbass aus dem Parkett: "Hier hat ein Jude in die Hose gesch...!" Lachen brüllt auf. Schlotternd hocken Judas Kinder in den roten Polstersesseln, sausen plötzlich aber hoch, denn eine Fistelstimme gellt: "Mäuse im

Saal! Mäuse im Saal". Und nun springen sie, die sonst so tapferen Juden, Zions Rosen von Jericho."

Dieser Geist rohesten Rowdytums und übelster Flegerei leitet dann auch die Demonstrationszüge. "Unser wurde das köstlichste Erlebnis, das Wissen um Schicksal und Zukunft unseres Vaterlandes und unseres Volkes. Deutschland war mit uns. Deutschland war in uns. Deutschland marschierte", schreibt in verzücktem Tone der "Angriff".

Dieses "marschierende" Deutschland, dessen "eiserne Disziplin" besonders hervorgehoben, und das mit der "grauen Front" gleichgesetzt wird, reagiert sich sein "köstlichstes Erlebnis" dadurch ab, dass es die Polizei reizt und beschimpft, Schaufenster einwirft, ein Kaffeehaus demoliert und harmlose Zuschauer blutig schlägt. Der Ausdruck "Demonstration" passt überhaupt nicht für die geschilderten Rüpel Szenen. Demonstranten sind Menschen, die die Not der Arbeitslosigkeit, des Hungers, des Wohnungselends auf die Strasse treibt. Menschen also, die das, wogegen sie protestieren, am eigenen Leibe erfahren haben. Die Horden raulustiger Jugendlicher aber, die immerzu brüllten "Juda - verrecke", "Deutschland - erwache", "Judendreck - der Film muss weg", kannten den Film garnicht. Mindestens neun Zehntel von ihnen waren, als der Krieg ausbrach, noch kleine Kinder gewesen. Sie hatten also auch nicht das Recht, sich als "empörte Frontsoldaten" aufzuspielen - sowenig, wie ihr Antreiber Goebbels, der vom sicheren Automobil aus wieder einmal "Köpfe rollen" liess.

So stellt sich denn dieser ganze Entrüstungsfeldzug gegen einen "deutschfeindlichen Film" als eine rein politische Machtprobe dar, als ein neuer Beweis dafür, dass hinter den grossartigen, geschwellenen Gesten der Hakenkreuzler nichts weiter steckt als hirnloses Maulheldentum.

Hermann Hieber.

---

SPD. Der grösste Vogel der Erde.<sup>X</sup> Auf die Frage nach dem Vogel mit dem grössten Körpergewicht und der grössten Flügelspannweite wird man wohl meist den Kondor oder den Albatros genannt bekommen. Der wirkliche Träger dieses Rekordes ist jedoch fast unbekannt, da er, soweit wenigstens Europa in Betracht kommt, sich vor den Verfolgungen der Menschen in die unzugänglichsten Sümpfe Albaniens zurückgezogen hat. Es handelt sich um den Riesenpelikan, der mit seinen 25 Kg Körpergewicht den Kondor um mehr als das Doppelte und den Albatros um das Dreifache übertrifft, und dessen Flügelspannweite 4 Meter beträgt, also etwa der des Albatros entspricht, aber stark über die des Kondors geht, der von Flügelspitze zu Flügelspitze drei Meter nicht zu überschreiten pflegt. Der gewaltige Krauskopfpelikan der albanischen Sümpfe wird von den Fischern erbittert verfolgt, da eine solche Pelikankolonie den reichsten Fischbestand in kürzester Zeit leer geräubert hat. Die riesigen Vögel, die für sich und ihre Brut ungeheure Fischmengen benötigen, haben für ihre Nahrungssuche einen Aktionsradius von hundert und mehr Kilometern nötig, um überhaupt satt werden zu können. Vielfach fischen sie im Verband, bilden richtige Treiberketten im seichten Wasser und fischen nach den gleichen Grundsätzen, wie wir sie bei zahlreichen Stämmen unter den Naturvölkern finden.

---

SPD. Ein peinlicher Irrtum.<sup>X</sup> Der Herr Pastor aus der Provinz stieg um sechs Uhr schon aus dem Bett und ging ins Frühstückszimmer des Grosstadthotels. Der Ober dachte offenbar, der Frühaufsteher käme erst jetzt von einem nächtlichen Ausflug zurück, denn er sagte: "Verzeihung, mein Herr! Nach zwölf Uhr verabreichen wir kein Abendessen mehr."

# Deutscher Reichstag

14. Sitzung vom 12. Dezember, 10 Uhr

SPD. Auf der Tagesordnung steht der Ausschussbericht über Hilfsmassnahmen aus Anlass der Grubenkatastrophe zu Alsdorf. Der Ausschuss empfiehlt eine Entschliessung, in der die Reichsregierung ersucht wird, bis zu 2 Millionen Reichsmark zur Unterstützung der Angehörigen der beim Grubenunglück zu Alsdorf und bei anderen Unglücksfällen verunglückten Bergleute des Wurmreviers zur Verfügung zu stellen und auf eine eingehende Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe hinzuwirken. Mit der Beratung werden verbunden Anträge der Deutschen Nationalen, der Nationalsozialisten und Kommunisten, die sich gegen die beabsichtigte Stilllegung der Wenzeslaus-Grube bei Neurode richten.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

führt aus, die preussische Verwaltung habe alle Kräfte angespannt, um die Ursache der Grubenkatastrophe zu Alsdorf zu erforschen. Die Untersuchung sei sehr erschwert worden durch die bei dem Unglück angerichteten Zerstörungen und durch die Art der Explosion, die ohne Beispiel in der Geschichte der Grubenkatastrophen sei. Für die Hinterbliebenen der Opfer sei von der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung schnelle Hilfe geleistet worden. Dazu seien von privater Seite, auch aus dem Ausland, viele Spenden gekommen, deren Betrag jetzt schon  $1\frac{1}{2}$  Millionen Reichsmark überschreite. Die Reichsregierung verfolgte aufmerksam die Arbeitsverhältnisse und Sicherheitsverhältnisse im Wurm-Kohlenrevier. In der Angelegenheit der Wenzeslausgrube bei Neurode seien Verhandlungen im Gange. Wenn die Stilllegung dieser Grube vermieden werden soll, müssten Umstellungen vorgenommen werden, über die auch mit dem Wirtschaftsministerium verhandelt werden müsse. Die Beteiligung ausländischen Kapitals am deutschen Bergbau lasse sich schwer genau feststellen.

Der Minister beschäftigt sich dann auch mit dem Unglück auf der Maybach-Grube bei Saarbrücken. Auch in diesem Falle seien von öffentlichen und privaten deutschen Stellen Spenden in grossem Umfange für die Hinterbliebenen der Opfer gegeben worden. Der Bergbau sei durch die letzten schweren Katastrophen vor neue Probleme der Unfallverhütung gestellt. Die Reichsregierung werde nichts versäumen, was zur Verhütung ähnlicher Katastrophen dienen kann.

Abg. Husemann (Soz.)

gibt zunächst eine Erklärung gegen etwaige Stilllegungsabsichten bei der Wenzeslausgrube in Neurode ab und spricht die Erwartung aus, dass alles getan wird, um dem ganzen niederschlesischen Bergbaurevier, das in schwerer Not ist, die weiteren Lebensmöglichkeiten zu sichern. Die Arbeiterbevölkerung in diesem Bezirk ist alteingesessen und bildet das Rückgrat der niederschlesischen Wirtschaft. Die Ziffer der Todesfälle ist in diesem Jahre durch die drei Grubenkatastrophen stark in die Höhe geschneilt, aber man darf nicht vergessen, dass der Hauptanteil an den Todesfällen im Bergbau nicht von den grossen Unglücken, sondern von den kleinen Unglücksfällen gestellt wird. Im vorigen Jahre sind 11 970 meldepflichtige Unglücksfälle im Bergbau vorgekommen, von denen 1800 tödlich verliefen, so dass also pro Tag durchschnittlich mehr als vier Bergknappen den Tod in ihrem Beruf fanden.

Der Redner begrüsst die Bewilligung von 2 Millionen Mark durch den Haushaltsausschuss als Unterstützungsgelder. Wir legen aber viel grösseren Wert auf eine rücksichtslose Untersuchung der Ursachen und der Schuld an den Unglücken. Beim Unglück von Alsdorf ist zunächst von einer Sprengstoffexplosion und von einem Rätsel gesprochen worden. Erfahrene Bergleute haben aber schon zu Anfang eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion festgestellt. Man ist deswegen besonders verblüfft gewesen, weil Schlagwetterexplosionen bisher selten derartige Sprengwirkungen über Tage gezeigt haben. Die kommunistische Interpellation hat aber Unrecht, wenn sie von einer Dynamitentzündung auf der Hängebank über Tage

spricht. Es gibt Beispiele aus dem tschechischen und belgischen Kohlenbergbau, wo auch Schlagwetterexplosionen ähnliche Wirkungen hatten.

Der Redner geht dann auf die Einzelheiten ein, die dem Nachweis einer Kohlenstaub- und Schlagwetterexplosion dienen. Es sei zwar richtig, dass der Kohlenstaub auf der Grube Anna II schwerer entzündlich ist als auf den Fettkohlengruben, aber es müssen sich grosse Wettermengen angesammelt haben; das beweisen die giftigen Nachschwaden. Die endgültige Aufräumung der Trümmerstätte wird noch fünf bis acht Wochen dauern. Auf Zwischenrufe der Kommunisten antwortet der Redner mit Zahlen der sowjetrussischen Statistik über Bergwerksunglücke. Er zeigt auf, dass die Wetterverhältnisse in den russischen Gruben nach eigenen Berichten des Obersten Volkswirtschaftsrats völlig unzureichend sind. In Nr. 8 des Berichts des Obersten Volkswirtschaftsrats vom März 1930 wird festgestellt, dass einige der grössten Gruben nur 10 % der nötigen Frischluft erhalten. (Hört, hört! bei den Soz.) 1929 sind allein zwölf grosse Explosionen mit 691 Toten in Sowjetrussland vorgekommen. Die Gesteinstaubschranke war in Alsdorf nicht genügend ausgebildet, aber das Schlimmste ist es, dass auf den Gruben des Eschweiler Bergwerksvereins ein menschenunwürdiges Antreibersystem herrscht.

So hat zum Beispiel der Betriebsführer Pohle einen Steiger, der sich an der Rettungsarbeiten beteiligt hatte, am Tage nach der Katastrophe angeschnauzt und nach Hause geschickt, weil er das Fördersoll nicht erreichte. (Lebhafte Pfeife bei den Soz.) Selbst ein Unternehmer hat im "Aachener Tageblatt" bezeugt, dass die Arbeiter des Eschweiler Bergwerksvereins ständig unter Beschimpfungen und Beleidigungen von ihren Vorgesetzten zu leiden haben. Arbeiter, die 14 Tage lang krank sind, werden rücksichtslos entlassen. Solche Verhältnisse herrschen nicht nur auf Grube Anna I und II und Maybach, sondern auf der ganzen Linie herrscht dieses Ausbeutersystem. Man kann sich dann nicht wundern, wenn von den Arbeitern die Vorsichtsmassregeln ausser acht gelassen werden und unverhofft eine Katastrophe entsteht. Die Wetterkontrolleure müssten endlich einmal vor Entlassung geschützt werden. Die Benzollokomotiven, bei denen Funkenbildung vorkommt, müssen aus allen deutschen Gruben verschwinden. In die Grubensicherheitskommissionen müssen auch Bergarbeiter hineingeschickt werden. Dann wird den lebenden Arbeitern ein besserer Schutz angedeihen.

Wir fordern strengste Bestrafung aller Schuldigen an den Bergwerksunglücken und Ausbau der Sicherheitsmassnahmen. (Lebhafte Beifall bei den Soz., Lärm bei den Kommunisten).

Staatsekretär Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium erklärt zu den Anträgen auf Weiterführung der Wenzeslaus-Grube, die Reichsregierung stehe in Verhandlungen mit der Preussischen Staatsregierung, um einen Weg zu suchen, auf dem die Stilllegung vermieden werden kann. Die Stilllegung droht deswegen, weil die Verwaltung sagt, sie könne bei einer Fortführung der Grube auch bei noch so hohen Staatssubventionen nicht die Gewähr für die Sicherheit vor weiteren Kohlensäure-Ausbrüchen übernehmen.

Abg. Dr. Ley (Nat. Soz.) bezeichnet als eine der Ursachen der Alsdorfer Grubenkatastrophe die grosse Ausbeutung und Überanstrengung der Bergarbeiter. Die Bergarbeiter sagten, sie hätten Scheinmauern errichten müssen, weil ihnen der sonst drohende Abbau keine Zeit zum ordnungsmässigen Ausmauern der Hohlräume liess. Die so verbliebenen Hohlräume waren ideale Sammelstätten für die schlagenden Wetter, deren Explosion die Katastrophe hervorrief. Das Ausbeutersystem auf dieser Grube geht so weit, dass als Rettungskolonnen nicht die geschulden Bergleute in die Grube geschickt wurden, sondern ungeschulte Bauernsöhne und Landarbeiter, die dann bei den Rettungsarbeiten selbst verunglückt sind, weil sie keine geschulden Führer hatten. (Hört! Hört!)

Abg. Florin (Komm.) erklärt, die Grubenkatastrophen seien die Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Sozialdemokraten seien die eifrigsten Verteidiger der Grubenkapitalisten.

Ministerialrat Rother, der Leiter des Preussischen Gruben=Sicherheits=amts, erklärt, die Explosion auf der Grube Alsdorf sei ganz besonders tadelhaft, weil bisher keine Grubenkatastrophe vorgekommen sei, die einen Vergleich zulasse. Alle bisherigen Erklärungsversuche hätten die Untersuchung noch nicht einen Schritt weitergeführt, ebenso wenig die verschiedenen in der Presse und in Reden vorgebrachten Gerüchte. Warum das Unglück dieses Ausmass angenommen hat, weiss bisher noch kein Mensch. (Abg. Moericke (Komm.): "Dann scheren Sie sich zum Teufel, wenn Sie das nicht wissen!" - Abg. Moericke erhält einen Ordnungsruf). Wir werden die Untersuchung gewissenhaft fortführen und hoffen, bald zu einem Ergebnis zu kommen. Wir hatten 1928 die niedrigste Zahl der Opfer von Grubenkatastrophen seit etwa zwanzig Jahren. Alle diese Fortschritte sind zu= nichte gemacht durch die drei Katastrophen dieses Jahres.

Abg. Kuhnen (Ztr.) erklärt, seine Freunde lehnte es ab, die Grubenkata= strophen parteipolitisch zu bewerten, wie es andere Parteien getan hätten. Der Nationalsozialist Ley habe eine aussenpolitische Rede gehalten und der Präsident habe das leider zugelassen. (Vizepräs. Stöhr: Ich hatte den Eindruck, dass die Ausführungen des Abg. Ley zur Sache gehörten!). Weniger beachtet als solche grossen Katastrophen werden die vielen Opfer, die Tag für Tag aus den Reihen der Bergarbeiter in den Gruben fallen. Den Bergleuten muss geholfen werden. Die Rationalisierung im Bergbau ist übertrieben worden auf Kosten der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter. Das ist kein arbeiten mehr im Bergbau, das ist ein rennen und jagen nach Kohle, wie es kein anderer Betrieb kennt! (Abg. Dr. Ley (Nat. Soz. Wer ist denn daran schuld, die Zentrumspolitik!) In dieser Zeit, in der noch alle unter dem Eindruck der furchtbaren Katastrophen steht, sollten die Bergbau=Unter= nehmer nicht mit Lohnabbauplänen kommen. Die Kohlenpreissenkung kann ohne Lohn= abbau getragen werden. (Rufe bei den Nat. Soz. und Kommunisten: "Sagen Sie das doch Ihren Parteigenossen Stegerwald!")

Abg. v. Freytagh=Loringhoven (Dn.) verlangt den Weiterbetrieb der Wenzes= lausgrube. Das werde zwar staatliche Zuschüsse von 100 000 Mark monatlich für drei Jahre erfordern, sei aber immer noch besser, als wenn die Arbeitnehmer der Grube in diesem Notstandsgebiet der Arbeitslosigkeit anheimfallen.

Abg. Albrecht-Hannover (D.Vp.) bedauert, dass auch solche Katastrophen parteipolitisch ausgewertet würden und fährt fort: Von den Kommunisten sind wir das gewohnt, aber gegenwärtig versuchen die Nationalsozialisten auf diesem Gebiet mit den Kommunisten zu rivalisieren (Abg. Dr. Ley (Nat. Soz.): "Das ist ja gelogen!" - Präs. Löbe ruft den Abg. Ley zum zweiten Mal zur Ordnung). Der Nationalismus ist ein hehres Kleid, aber durch nichts wird dieses hehre Kleid mehr be= schmutzt als durch... Die letzten gegen die Nationalsozialisten gerichteten Worte werden übertönt durch laute Protestrufe der Nationalsozialisten: "Durch Ihr Aktienkapital! - Durch Ihre Profitwirtschaft!" Als Abg. Albrecht fortfährt, der Abgeordnete Ley mache seinem Namen Ehre und sei ein vollständiger Laie, antwortet Abg. Dr. Ley: "Sie Brillenschlange!"

Präsident Löbe: Herr Abg. Ley, ich rufe Sie zum dritten Mal zur Ordnung und weise Sie auf Grund des § 91 aus dem Saale. Abg. Ley verlässt unter Protest= rufen der Nationalsozialisten den Saal.

Abg. Albrecht (D.Vp.) sucht in seinen weiteren Ausführungen nachzuweisen, dass Abg. Dr. Ley in seinen Ausführungen über die Ursache der Alsdorf=Katastro= phe die Tatsachen ganz falsch dargestellt habe.

Abg. Börger (Nat. Soz.): Wenige Tage nach der furchtbaren Katastrophe auf der Grube in Alsdorf, als die Opfer noch nicht geborgen waren, stand in der "Deutschen Bergwerkszeitung": "Die Dividenden der Grube sind bis 1941 nicht gefährdet!" (Pfui=Rufe). Der Mensch, der so etwas schreibt, während noch die Mütter und Frauen der Bergleute um die Opfer weinen, der Mensch, der da nur an den Profit denkt, der gehört ins Zuchthaus. (lebh. Zustimmung b.d. Nat. Soz.) Mein Vater



war Grubenbeamter und bei einem Streik wurden auf den stillen Druck des Generaldirektors Kesten wir Beamtensohne gezwungen, zur Verrichtung der Notstandsarbeiten in die Grube zu fahren. Ich war damals achtzehn Jahre alt, mein Bruder, der damals zum erstenmal in die Grube fuhr, fünfzehn Jahre alt. Mein Bruder wurde nach zweistündiger Arbeit in der Grube durch den plötzlich weggerissenen Förderkorb in drei Stücke gerissen. So habe ich meinen Bruder verloren. Wir mussten in die Grube fahren, weil sonst unser Vater auf die Strasse geflogen wäre. Mein Vater, der seinen Sohn geopfert hatte, hat von diesem Generaldirektor Kesten kaum ein Wort der Anerkennung erfahren. Dieser Generaldirektor Kesten, der heute noch prominentes Mitglied der deutschen Volkspartei und des Reichswirtschaftsrats ist, ist der Typ des brutalen deutschen Kapitalisten, der über Leichen geht. Im Mittelpunkt aller Interessen dieser Kreise steht heute nicht mehr das Schicksal des deutschen Menschen, sondern der Profit. (lebh. Zustimmung b.d. Nat. Soz.)

Abg. Limbertz (Soz.):

Die Explosion in Alsdorf hat durchaus nicht ihr Ende gefunden an dem angebrachten Steinstaub, denn dieses Verfahren war nicht so ausgebaut, wie es notwendig wäre. Man hatte nämlich angenommen, dass der Kohlenstaub im Wurmrevier nicht so explosionsgefährlich sei, wie anderswo. In den Jahren der Rationalisierung ist die Sicherheit der Bergleute so vernachlässigt worden, dass wir im Ruhrgebiet Tag für Tag eine grosse Katastrophe befürchteten. (Zuruf rechts: Was haben Sie dagegen getan?) Sehen Sie in den Akten nach, und Sie werden finden, dass unsere Organisationen immer wieder Anzeigen an die Bergbehörden erstattet haben.

Den Tiefstand der Debatte hat Herr Dr. Ley gekennzeichnet durch seine Worte über unsern verstorbenen Genossen Dr. Paul Levi. (Sehr wahr! links) Die Nationalsozialisten haben nach der Katastrophe von Alsdorf ein marktschreierisches Flugblatt verbreitet, worin sie "Tributknechtschaft und mörderischen Pazifismus" als Ursache des Unglücks bezeichneten. Die Bergleute haben nur den Kopf darüber geschüttelt. Wie kann mandenn die Reparationsleistungen für ein solches Unglück verantwortlich machen. (Zurufe der Nazis beharren darauf.) Haben sich nicht im kaiserlichen Deutschland vor dem Krieg eine gewaltige Zahl der schwersten Bergwerksunglücke ereignet? (Sehr wahr! bei der Mehrheit) Damals konnten wir mit Recht die Anklage gegen den Staat erheben, dass er für die Sicherheit der Arbeiter nicht genügend Sorge. Das war die Zeit, wo nach einem bekannten Wort die Sicherheitsvorschriften nur "weisse Salbe" sein sollten. Heute ist das anders geworden. (Widerspruch der Kom.) Herr Ley hat gegen die marxistische Gewerkschaftspolitik gewettert, aber diese Politik hat es dahin gebracht, dass heute hunderte Arbeiter als Grubenkontrolleure angestellt sind. Ich habe die Zeugenvernehmung in Alsdorf mitgemacht. Die Ansicht, die wir am dritten Tag nach der Katastrophe über ihre Ursache geäußert haben, ist bis heute nicht erschüttert worden. Der Kommunistische Redner hat die Betriebsräte angegriffen, aber Tatsache ist, dass ein sozialdemokratischer Betriebsratsvorsitzender und ein christlicher Stellvertreter als Opfer ihrer Pflichttreue gefallen sind. (Hört! Hört! bei den Mehrheit)

Die Kommunisten haben die Angaben meines Freundes Husemann über die Bergwerksunglücke in Sowjet-Russland bezweifelt, und nach dem Beweismaterial gefragt. In Russland haben sich in nicht allzu seltener Folge Bergunglücke mit 84 Toten, mit 310 Toten und 5 Explosionen mit 691 Toten ereignet. Diese Tatsachen sind den russischen statistischen Zeitschriften entnommen. (Hört! Hört! bei der Mehrheit.) Auf die Fragen des Herrn Florin antworte ich: Der Vorsitzende des Bergbauindustriearbeiterverbandes ist nur verantwortlich für das, was er selbst gesagt hat, aber nicht für das, was man ihm unterschiebt. Von einer angeblichen Bürgerkriegshetze unserer Freunde wissen wir nichts. Schliesslich ist die Be-



hauptung, dass der Vorsitzende des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes schon jetzt seine Bereitwilligkeit erklärt habe, auf einen Streik zur Erlangung besserer Bedingungen zu verzichten, genau so eine Verleumdung, wie sie schon so oft und immer wieder gegen uns ausgestreut worden sind. Die freigewerkschaftliche Organisation wird aber unbekümmert darum ihre erfolgreiche Arbeit für den Schutz der Bergarbeiter fortsetzen. (Lebh. Beifall der Soz.)

Ein Regierungsvertreter erklärt, nach den Lehren zahlreicher Fälle kein unbedingtes Vertrauen zur Sichhaltigkeit nationalsozialistischer Behauptungen zu haben.

Abg. Dr. Perlitius (Ztr.) empfiehlt die Annahme des Antrags auf Fortführung der Wenzeslausgrube ohne Ausschussberatung. Die Abstimmung wird zunächst zurückgestellt. - Es folgt die Beratung des kommunistischen Antrags auf Auszahlung einer Winterbeihilfe an Erwerbslose Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigten. - Der Reichshaushaltsausschuss schlägt die Ablehnung des Antrags vor.

Abg. Gemeinder (Nat. Soz.) erklärt, es sei ganz unverständlich und unverantwortlich, dass der durchaus berechtigte Antrag der Kommunisten abgelehnt werde von Parteien, die sich christlich nennen. Den Ärmsten der Armen, die als Opfer der verfehlten Wirtschaft und Politik auf der Strasse liegen, dürften nicht zum Weihnachtsfest ohne jede Hilfe bleiben.

Abg. Schulte-Düsseldorf (Komm.) tritt für den Antrag seiner Fraktion ein. Danach soll die Winterbeihilfe betragen für die Hauptunterstützungsempfänger 40 Reichsmark, für jeden Unterhaltungsberechtigten und Empfänger von Waisenrente 12 Reichsmark. Wo die Nationalsozialisten an der Macht sind in Gemeinden und Ländern, da tun sie das Gegenteil von dem, was hier der nationalsozialistische Redner forderte.

Abg. Karsten (Soz.) erklärt, die Sozialdemokraten wollten nicht mit derselben Demagogie wie die Rechts- und Linksbolschewisten ihr Parteisüppchen an der Not der Armen kochen. Demagogie der Nationalsozialisten habe der ihnen politisch nahestehende Kapitän Ehrhardt in der "Berliner Börsenzeitung" gekennzeichnet. Die Nationalsozialisten frühstücken zwar beim Bankdirektor v. Stauss, aber ihren Antrag auf Ent-eignung der Bank- und Börsenfürsten bringen sie nicht vor. Sie sorgen nicht für die Deckung, die die Winterbeihilfen erfordern würden. Wo die Sozialdemokraten in den Gemeinden entscheiden, da sorgen sie für ausreichende Winterbeihilfen. Der vorliegende Antrag dient aber nur der Parteiagitiation und wir lehnen ihn ab. Wir werden in der nächsten Zeit die Kommunisten und Nationalsozialisten vor die erste Frage stellen, ob sie mit uns gemeinsam gegen den Abbau der Sozialversicherung ankämpfen wollen. Dann werden die Nationalsozialisten im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung auch für die Erhöhung der Unternehmerbeiträge stimmen müssen. Da, wo sie einen entscheidenden Einfluss haben, in Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Thüringen, haben die Nationalsozialisten gegen die Winterbeihilfe gestimmt (Hört! hört!) Im Reichstag aber verlangen sie eine Winterbeihilfe, die über 300 Millionen erfordern würde, also einen Betrag, über den das Reich jetzt garnicht verfügt.

Damit schliesst die Aussprache. Es wird die vorher zurückgestellte Abstimmung über die Anträge zu den Grubenkatastrophen nachgeholt. Angenommen wird die Ausschuss-Entschliessung mit der Aenderung, dass sie sich nicht nur auf die Alsdorfer Katastrophe, sondern auch auf die Maybach-Grube bezieht. Angenommen wird weiter der deutschnationale Antrag auf Weiterbetrieb der Wenzeslaus-Grube und der sozialdemokratische Antrag auf Verlegung eines Berggesetzes. In namentlicher Abstimmung wird der Ausschuss-Antrag auf Ablehnung der von den Kommunisten beantragten Winterbeihilfe mit 284 gegen 183 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschnationalen und des Landvolkes angenommen.

Nachträglich wird auch noch der gestern nicht erledigte Antrag Gandorfer (Bayr. Bauernbund) angenommen, wonach Bayern und das Donaugebiet in die Hochwasserhilfe einbezogen werden sollen!

Präs. Löbe schlägt vor, die nächste Sitzung nach den Weihnachtsferien am 3. Februar 1931 abzuhalten und die Festsetzung der Tagesordnung dem Präsidenten zu überlassen.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt am Sonnabend eine Sitzung abzuhalten und eine Reihe kommunistischer Anträge zu beraten. - Die Abgg. Dr. Spahn (Dn.) und Dr. Frick (Nat. Soz.) verlangen gleichfalls für morgen eine Sitzung zur Erledigung der Misstrauensanträge, der Polizeizuschussfrage und des nationalsozialistischen Antrags auf Einführung einer Tantiemen- und Dividendensteuer. - Alle diese Anträge werden abgelehnt und der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen.

Um 3 $\frac{1}{2}$  Uhr schliesst Präsident Löbe die Sitzung ohne die in früheren Jahren üblichen Weihnachtswünsche für die Abgeordneten.

-----

SPD. In der Debatte Winterbeihilfen im Reichstag hat sich der nationalsozialistische Abgeordnete Gemeinder durch besonders verlogene Behauptungen hervorgetan. Nach dem Reichstagshandbuch ist dieser Herr Hilfsarbeiter des Finanzamts in Frankfurt a. Main. Aber das ist eine Tätigkeit, die ihn anscheinend nicht an Taten hindert, die andere Leute, die nicht nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete sind, ins Gefängnisbringen würde. Herr Gemeinder hat nämlich Weihnachtsgelder, die von einem nationalsozialistischen Jugendführer gesammelt worden waren, nicht abgeliefert, sondern für sich verbraucht. Dasselbe hat er mit Geldern getan, die bei Frankfurter Geschäftsleuten durch Nationalsozialisten gesammelt worden sind. Obwohl diese Vorwürfe bereits vor der Reichstagswahl gegen Gemeinder erhoben wurden, hat er sie nicht abgestritten und ist trotzdem nicht von den Nationalsozialisten abgehalftert worden.

Und dieser Mann, der Weihnachtsgelder unterschlägt, ist nun Wortführer der Nazis für die Winterbeihilfen. Sollte er nur deshalb für Winterbeihilfen eintreten, weil er an der "Auszahlung" dieser Gelder ein Interesse hat?

-----